



Wortprotokoll der 12. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 12. Oktober 2022, 18:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

E.700

Präsenzsitzung und Videokonferenz im
Webex-Format

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 3

Fachgespräch zum Thema „**Energiewende und
Klimaschutz**“



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kersten, Dr. Franziska Kleebank, Helmut Zorn, Armand	Abdi, Sanae Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Rudolph, Tina Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Teutrine, Jens	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Brandner, Stephan
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



Einzigster Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zum Thema „Energiewende und Klimaschutz“

dazu Sachverständige:

Stefanie Langkamp

Klima Allianz Deutschland e.V., Leiterin
Nationale Klima- und Energiepolitik

dazu verteilt:

PowerPoint-Präsentation Ausschussdrucksache
20(26)18 (Anlage 1)

Ingbert Liebing

Verband kommunaler Unternehmen e.V.,
Hauptgeschäftsführer

dazu verteilt:

Positionspapier Ausschussdrucksache 20(26)16-1
(Anlage 2) und Ausschussdrucksache 20(26)16-2
(Anlage 3)

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren, als Vorsitzender des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) darf ich Sie alle ganz herzlich zur 12. Sitzung begrüßen. Die Sitzung wird in Präsenz und auch digital durchgeführt. Darauf komme ich auch gleich noch mal zurück.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung will ich kurz einen kleinen Technik-Test machen. Wir haben heute zwei Sachverständige zu Gast, die beide digital zugeschaltet sind. Vielleicht fange ich mit Frau Langkamp an. Können Sie uns gut verstehen und können Sie sich kurz zu Wort melden?

Sachverständige **Stefanie Langkamp** (Klima Allianz Deutschland e.V., Leiterin Nationale Klima- und Energiepolitik): Ich kann Sie gut verstehen. Ich hoffe, Sie auch.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ja, wunderbar.

Sachverständige **Stefanie Langkamp** (Klima Allianz Deutschland e.V., Leiterin Nationale Klima- und Energiepolitik): Bei mir hallt es etwas.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Hier hallt es nicht. Bei uns ist es gut. Vielen Dank.

Herr Liebing, können Sie uns hören und können Sie sich kurz zu Wort melden?

Sachverständiger **Ingbert Liebing** (Verband kommunaler Unternehmen e.V., Hauptgeschäftsführer): Ich höre Sie perfekt. Ich hoffe, dass Sie mich auch verstehen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Wunderbar, die Technik funktioniert.

Wir haben heute einen einzigen Tagesordnungspunkt, nämlich das Fachgespräch zum Thema „Energiewende und Klimaschutz“. Ich eröffne die 12. Sitzung des PBnE und begrüße alle anwesenden und per Video zugeschalteten Mitglieder des PBnE. Ganz herzlich begrüßen darf ich auch die beiden geladenen Sachverständigen, Frau Stefanie Langkamp und Herrn Ingbert Liebing. Beide sind per Video zugeschaltet. Den Techniktest haben wir ja schon bestanden. Das ist schon mal die wichtigste Voraussetzung. Wir erhoffen uns natürlich von Ihnen beiden einen wertvollen Input zum heutigen Thema. Vielen Dank, dass Sie beide unserer Einladung folgen konnten und uns mir Ihrer Sachkunde zur Verfügung stehen.

Ebenso freue ich mich, die interessierte Öffentlichkeit heute im Sitzungssaal des Paul-Löbe-Hauses persönlich begrüßen zu können.

Zunächst darf ich Ihnen die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge kurz vorstellen. Frau Stefanie Langkamp ist studierte Diplom-Umweltwissenschaftlerin. Sie arbeitet seit dem Jahr 2008 in der Klima- und Energiepolitik für die Zivilgesellschaft, davon zuerst beim Deutschen Naturschutzring zur europäischen Klima- und Energiepolitik und seit 2014 bei der Klima-Allianz Deutschland e. V. Dort ist Stefanie Langkamp Leiterin für den Bereich „Nationale Klima- und Energiepolitik“. Herzlich Willkommen, Frau Langkamp.

Als Nächstes möchte ich Herrn Ingbert Liebing vorstellen. Der berufliche Lebensweg von Herrn Liebing ist stark durch die Kommunalpolitik geprägt. Erste kommunalpolitische Erfahrungen sammelte er in den 1980er- und 1990er-Jahren als Mitglied der Ratsversammlung der Stadt Neumünster im Ehrenamt. Als hauptamtlicher Bürgermeister leitete er von 1996 bis 2005 die Verwaltung der Gemeinde Sylt-Ost. Von 2005 bis



2017 war Herr Liebing Mitglied des Deutschen Bundestages, u. a. ordentliches Mitglied im Umweltausschuss, und von 2013 bis 2017 kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2013 wurde Herr Liebing außerdem zum Bundesvorsitzenden der kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU gewählt. 2017 erfolgte die Ernennung zum Staatssekretär und Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein beim Bund. Seit dem 1. April 2020 ist Herr Ingbert Liebing Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V., kurz VKU. Auch das ist uns gut bekannt. Herr Liebing, auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Bevor wir inhaltlich in das Gespräch einsteigen, einige kurze organisatorische Hinweise: Herr Liebing hat zur Vorbereitung auf das Gespräch zwei Positionspapiere übersandt, welche als Ausschussdrucksachen 20(26)16-1 und 20(26)16-2 an die Beiratsmitglieder verteilt und auf der Homepage des Beirates veröffentlicht wurden.

Die PowerPoint-Präsentation von Frau Langkamp zur heutigen Sitzung werden wir im Nachgang zur Sitzung als Ausschussdrucksache verteilen.

Die Mitglieder des PBN E haben beschlossen, dass das heutige Gespräch im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Die Sitzung wird live auf Kanal 2 übertragen und später in der Mediathek und auch auf der Website des Beirates eingestellt. Beide Sachverständige haben sich mit der Übertragung einverstanden erklärt.

Von unserem Fachgespräch wird zudem ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Sitzung zur Erstellung des Protokolls aufgezeichnet.

Für das Eingangsstatement haben wir den Sachverständigen jeweils ein Zeitfenster von zehn Minuten eingeräumt, das ich Sie bitte, möglichst einzuhalten. An die Eingangsstatements werden sich dann ein, vielleicht auch zwei Fragerunden anschließen. Es ist vorgesehen, dass die Fragen im Anschluss an die Fragerunden gemeinsam beantwortet werden.

Gegen 19:00 Uhr würde ich diese öffentliche Sitzung dann gerne beenden. Die Mitglieder des PBN E werden sich dann anschließend noch für eine nichtöffentliche Sitzung – ebenfalls in

diesem Sitzungsformat mit den gleichen Zugangsdaten – zusammenfinden.

Ich schaue einmal in die Runde, ob es hierzu Redebedarf gibt. Das ist nicht der Fall, dann verfahren wir so. Vielen Dank.

Dann können wir beginnen. Da wir alphabetisch vorgehen, trägt Frau Langkamp als Erste vor. Wir freuen uns sehr auf Ihre Ausführungen.

Sachverständige **Stefanie Langkamp** (Klima Allianz Deutschland e.V., Leiterin Nationale Klima- und Energiepolitik): Sie müssten die Präsentation jetzt sehen und mich auch hören können?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir sehen die Präsentation, und wir können Sie gut hören.

Sachverständige **Stefanie Langkamp** (Klima Allianz Deutschland e.V., Leiterin Nationale Klima- und Energiepolitik): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich freue mich sehr, heute vor Ihnen zu sprechen, und ich wäre noch viel lieber vor Ort gewesen, aber ich bin leicht erkältet und daher nur per Video zugeschaltet. Ich hoffe, dass Sie mir trotzdem gut folgen können. Mein Name ist Stefanie Langkamp, und ich vertrete heute hier die Klima Allianz Deutschland, ein Bündnis von 140 Organisationen aus allen Bereichen der Gesellschaft, den Kirchen, dem paritätischen Gesamtverband, dem Deutschen Kulturrat und viele andere mehr. Aber lassen Sie uns gleich einsteigen. Jetzt muss ich zu meiner Präsentation wechseln. Einen Moment bitte.

Sie sehen in meiner Präsentation die Entwicklung der Treibhausgasemissionen. Wo stehen wir eigentlich gerade bei deren Reduzierung? Da haben Sie hier die schwarz gepunktete Linie, die die Linie des Klimaschutzgesetzes abbildet und im Jahr 2045 Klimaneutralität anzeigt. Sie sehen aber auch, dass das Klimaschutzgesetz nicht kompatibel ist mit dem 1,5 Grad-Ziel, noch nicht einmal mit einem 1,75 Grad-Ziel. Das wären hier einmal die blaue und die grüne Linie. Sie sehen hier an Hand der rechteckigen schwarzen Linie die Treibhausgasentwicklung laut Koalitionsbericht aus dem Jahr 2021. Sie sehen, da klafft mit dem Klimaschutzgesetz eine riesige Lücke. Wir haben auch die Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag analysiert. Selbst mit den dort



beschlossenen Maßnahmen landen wir in keinem Sektor auf dem Pfad und in Bezug auf das Jahr 2030 gemäß Klimaschutzgesetz. Für die Erreichung des 1,5 Grad-Ziels wären noch deutlich größere Anstrengungen nötig.

Darum ist es so wichtig, dass wir uns immer wieder daran erinnern und dass wir auch um jedes Zehntelgrad kämpfen. Wir nähern uns im Grunde jetzt schon Kipppunkten im System, wie das grönländische Eisschild, die Permafrostgebiete, und wir spüren die Folgen auch schon jetzt hier in Deutschland. Ich habe Ihnen mal den Dürremonitor mitgebracht vom 2. Oktober 2022. Da sehen Sie, dass die Böden seit der Dürre im Jahr 2018 im Grunde permanent zu trocken sind. Das heißt, in einer Tiefe von 1,8 Metern ist Deutschland im Oktober dieses Jahres in weiten Teilen einer schweren bis außergewöhnlichen Dürre ausgesetzt gewesen. Wir haben das gespürt in diesem Sommer mit den Bränden in Brandenburg, aber auch in der Sächsischen Schweiz, wo große Teile der Nadelbäume abgestorben oder krank sind.

Wenn wir jetzt über die Energiewende reden, dann müssen wir auch über die Bereiche Gebäude und Verkehr reden, wo die Klimaschutzziele im Bereich „Gebäude“ bereits im zweiten Jahr hintereinander nicht erfüllt wurden. Wenn wir uns jetzt hier einmal die Folie des Expertenrates für Klimafragen angucken, dann sieht man, dass sich bei dem Bereich „Gebäude“ die Ministerien zumindest viele Gedanken gemacht haben. Die grüne Linie, das ist der Pfad, wie sich die Emissionen mit dem vorgeschlagenen Sofortprogramm entwickeln werden. Die rote Linie ist der Pfad, der eingehalten werden muss. Das heißt, wir haben zumindest die Chance, mit den Maßnahmen, die jetzt im Sommer vorgelegt wurden, in Bezug auf das Jahr 2030 wieder zurückkehren auf den Pfad. Das natürlich nur unter der Voraussetzung, dass die Maßnahmen auch schnell umgesetzt und konkretisiert werden und möglichst auch eine „Schippe draufgelegt“ wird.

Das sieht leider beim Verkehr ganz anders aus. Man kann es im Grunde nur als fahrlässig und aus unserer Sicht als eine Art Arbeitsverweigerung bezeichnen. Deutlich wird es an der grünen Linie, da es mit den vorgestellten Maßnahmen kaum Verbesserungen gegenüber dem Status quo gibt.

Das ist praktisch identisch. Wenn da jetzt nicht noch mehr vorgelegt würde, dann hieße das, dass Deutschland praktisch schon im Jahr 2029 im Verkehr klimaneutral werden müsste, da das im Klimaschutzgesetz vorgesehene Budget sonst aufgebraucht wäre. Das heißt, hier muss man wirklich klar sagen, es handelt sich da um einen Gesetzesbruch. Das Klimaschutzgesetz verlangt Maßnahmen, die in den nächsten Jahren wieder zurück auf den Pfad führen. Das ist hier auch laut Einschätzung des Expertenrates für Klimafragen nicht gegeben.

Wenn wir uns den Ausbau der Erneuerbaren Energien angucken, dann ist das so, dass sich hier mit dieser Regierung erfreulicherweise einiges getan hat. Wir sehen an dieser Stelle noch aus den Vorjahren den großen Einbruch bei den Erneuerbaren sowohl bei „Wind“ als auch bei „Solar“. Sie sehen aber auch die Herausforderung, nämlich dass der Solarzubau gegenüber den Jahren zuvor vervierfacht und bei der Windenergie sogar versechsfacht werden müsste. Wir haben das große Problem, dass die Hürden bei „Wind an Land“ immer noch nicht ausreichend behoben sind. Aktuell haben wir 9000 Megawatt genehmigte Anlagen, und diese Anlagen werden aber nicht gebaut. Ein Grund ist, dass im Zuge der Inflation und der Lieferengpässe der Bau der Anlagen deutlich teurer geworden ist und diese zu den damals vorgeschlagenen Zuschlagswerten im Rahmen der Auktion im Grunde nicht wirtschaftlich arbeiten könnten. Das heißt, als die Anlagen ihre Gebote abgegeben hatten, da war die Wirtschaftslage schlicht eine andere. Das Absurde ist, mit diesen 9000 Megawatt könnten wir das Ziel von zehn Gigawatt Wind schon in diesem Jahr fast erreichen und auch einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung der Gaskrise leisten.

Eine große Leerstelle ist aus unserer Sicht die Energieeffizienz, und zwar die strukturelle Energieeffizienz-Verbesserung [...] mittel- und langfristig gedacht. Dabei stellt sich die Frage: Wie können wir eigentlich mittel- und langfristig den Verbrauch von Gas und Energie senken und damit auch die Kosten für die Menschen? Wir haben leider gerade eine sehr kurzfristig agierende Politik, und die Ursachen werden nicht ausreichend in den Blick genommen. Ein Problem, das wir gerade weltweit und verständlicherweise auch in Deutschland erleben,



ist, dass wir einen „Run“ auf Gasfelder haben, auf neue Gasinfrastrukturen, die wir aber in dem Umfang, mit den Zeiträumen, in denen wir planen, überhaupt nicht nutzen dürften, wenn wir einen lebenswerten Planeten erhalten wollen.

Ich möchte auch etwas zur Gaspreisbremse sagen. Die Menschen brauchen ohne Frage Entlastungen. Es rächt sich gerade unwahrscheinlich, dass wir immer noch keinen Direktauszahlungsmechanismus etabliert haben, wie Österreich ihn heute schon für Entlastungen nutzt, und dass wir dies in den letzten Jahren so außer Acht gelassen haben, mit der Folge, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter gewachsen ist. Trotzdem ist das gewählte Instrument eines der größten fossilen Subventionsprogramme. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Gefahr einer Gasmangellage mit der Gaspreisbremse enorm wächst. Wir werden in eine Situation kommen, in der wir uns in Europa das Gas gegenseitig wegkaufen und wo die Preise auch weiter steigen werden, weil schlicht nicht genug Gas im Markt ist. Die Gefahr ist wirklich sehr groß.

Wenn man sich jetzt einmal das Instrument anguckt mit Blick auf die soziale Verteilungswirkung oder mit Blick auf den Sparanreiz oder mit Blick auf die Umsetzbarkeit, dann ist es in keinem dieser Bereiche ein besonders gutes Instrument. Was jetzt aus unserer Sicht ganz wichtig bzw. zentral ist: Es braucht ein umfassendes Klimaschutzprogramm für alle Sektoren. Ich habe die Entwürfe mehrfach gesehen. Da gibt es Ideen, alle Maßnahmen liegen auf dem Tisch. Wenn jetzt die beiden Bundesministerien von Herrn Wissing und von Herrn Lindner „von der Bremse gehen“ würden, dann hätten wir da etwas, mit dem wir wirklich bedeutend weiterkommen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss weiter beschleunigt werden. Das heißt auch, dass diesen Lieferengpässen und der Inflation Rechnung getragen wird. Wenn die Anlagen, die jetzt genehmigt sind, nicht gebaut werden, dann muss man über andere Instrumente nachdenken. Das könnte z. B. eine Bürgschaft sein oder ein höherer Zuschlagswert, mit dem die Anlagen wirtschaftlich arbeiten können bzw. ein Baukostenzuschuss oder auch eine Abnahmegarantie für Anlagen, damit der Markt

wieder hochläuft und die Windindustrie in Gang kommt. Dies betrifft aber auch die Fragen, ob man Strafzahlungen bei Lieferengpässen aussetzt. Die Ziele für den Ausbau von Photovoltaikanlagen müssen angehoben werden. Eine Deckelung braucht es nicht. Ganz klar brauchen wir stattdessen eine Solardachpflicht bei Sanierung und bei Neubau.

Noch eine Folie, und dann bin ich durch. Alle Krisenmaßnahmen, die jetzt kommen, müssen an den Klimaschutz gekoppelt werden. Das heißt auch, wir brauchen die nötigen Investitionsmaßnahmen. Das, was wir jetzt in die kurzfristige Krisenbekämpfung stecken, müssen wir eigentlich auch in den Klimaschutz investieren. Um den Gasverbrauch zu senken ist aus unserer Sicht ein Energieeffizienzgesetz mit verbindlichen Zielen und Maßnahmen wichtig. Die Mindestenergieeffizienzstandards für die Gebäude sind relevant, aber gleichzeitig in Abschwächung der Modernisierungsumlage, damit wir keine weiteren sozialen Härten schaffen. Die kommunale Wärmeplanung und die Finanzierung sind sehr relevant. Wenn wir Hilfen für Unternehmen bewilligen, dann sollten diese an Energieeffizienzverbesserungen geknüpft werden. Wenn wir über neue Gelder und die Erschließung von Gasfeldern und dem Ausbau der Gasinfrastruktur diskutieren, dann muss man gleichzeitig auch über den Gasausstieg reden.

Das von meiner Seite. Damit gebe ich jetzt wieder zurück in den Saal.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrte Frau Langkamp, ein herzliches Dankeschön für Ihren Input. Das war schon mal ein sehr intensiver erster Aufschlag. Ich darf direkt an Herrn Liebing weitergeben.

Sachverständiger **Ingbert Liebing** (Verband kommunaler Unternehmen e.V., Hauptgeschäftsführer): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren Abgeordneten, zunächst sage ich herzlichen Dank, dass Sie mich zu diesem Fachgespräch in den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung für den VKU unter dem Titel „Energiewende und Klimaschutz“ eingeladen haben.

Wir als VKU vertretend die Stadtwerke, die kommunalen Unternehmen insgesamt. Wir



verstehen uns als zentrale Akteure für die Energiewende, für den Klimaschutz. Nichts geschieht, wenn es nicht ganz konkret vor Ort geschieht, wenn es nicht dort umgesetzt wird. Dazu wollen auch kommunale Unternehmen ihren Beitrag leisten. Wir bekennen uns zu den Klimazielen, die die Bundesregierung auch über den Regierungswechsel hinweg beschrieben hat, d.h. Klimaneutralität im Jahr 2045 und 60 Prozent CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2030. Wir wissen es zu würdigen, dass Sie die Rolle der kommunalen Unternehmen durch Ihrer Einladung zu dem heutigen Fachgespräch anerkennen.

Ich möchte gerne drei Punkte zum Einstieg anreißen. Über viele andere Dinge werden wir sicherlich in der Diskussion sprechen können. Ich möchte das Engagement der kommunalen Unternehmen im Rahmen der Energiewende beschreiben. Ich möchte auch einen Blick auf die aktuellen Herausforderungen im Rahmen der Energiekrise werfen. Welche Auswirkungen hat das in der Energiewende auch auf die Rolle der Stadtwerke? Ich würde auch gerne etwas zu unserem Blick auf das Thema der „Klimaanpassung“ sagen, weil zur Klimapolitik beides gehört – der Klimaschutz, aber auch die Anpassung an den bereits stattfindenden Klimawandel.

Zunächst zum Engagement der kommunalen Unternehmen im Rahmen der Energiewende. Ich beschreibe die Rolle der Stadtwerke in der Energiewende immer gern als Pragmatiker. Wir halten uns nicht mit der Diskussion über immer ambitioniertere Zielsetzungen auf, sondern es geht um die ganz konkreten Maßnahmen. Stadtwerke engagieren sich in der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien bei Windparks, bei Photovoltaik, in der Geothermie, in der Wasserkraft und bei der Biomasse. Deswegen hoffen wir auch, dass die von der Bundesregierung initiierten Beschleunigungsmaßnahmen auch tatsächlich Wirkung erzielen. Stadtwerke engagieren sich auch in der Nutzung von Erneuerbaren Energien, z. B. im Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur für den Hochlauf der Elektromobilität. Fast jede zweite öffentlich zugängliche Ladesäule ist eine kommunale Einrichtung. Stadtwerke engagieren sich für Energieeffizienz, in lokalen und regionalen Effizienz, in Netzwerken aber auch im

eigenen Unternehmen. Stadtwerke engagieren sich insbesondere im Umbau der Wärmeversorgung. Die Stadtwerke haben einen Marktanteil von etwa 80 Prozent der leitungsgebundenen Fernwärmeversorgung. Gerade hier liegt noch ein besonderer Brocken vor uns. Wir haben erst 15 Prozent der Dekarbonisierung erreicht, 85 Prozent liegen noch vor uns. Wir werben für das Instrument der kommunalen Wärmeplanung, um ausgehend von unterschiedlichen Verhältnissen vor Ort die differenzierten Potenziale auch nutzbar zu machen. Das wird sicherlich vielfach die Elektrifizierung mit Wärmepumpen sein, aber das kann auch Fernwärme sein, die unterschiedliche Energieträger nutzt, derzeit noch mit Erdgas, aber künftig mit CO₂-freien Gasen, Wasserstoff oder Geothermie oder der industriellen Abwärme. Das kann aber auch Wasserstoff sein, das fossile Erdgas in den Gasnetzen ersetzt. Wir setzen dabei insbesondere auf Lösungen im Quartier.

Ein wichtiges Instrument ist das Förderprogramm BEW (Bundesprogramm für effiziente Wärmenetze). Das Programm unterstützt die Investitionen und den Ausbau der Fernwärme. Es hat lange gedauert. Auch die Modifizierung bei der Europäischen Union hat lange gedauert. Jetzt ist das Programm da. Aber leider ist es begrenzt bis zum Jahr 2026 und mit drei Milliarden Euro deutlich unterfinanziert. Wir waren dafür, das Programm auf zehn Jahre auszudehnen und mit mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr auszustatten, weil hier ein großer Handlungsbedarf gegeben ist. Ich könnte weitere Punkte anfügen. Über die Wärmelieferverordnung können wir sprechen, die den Ausbau der Wärmenetze behindert, weil sie ja die Kostenneutralität vorschreibt, aber nur rückwärtsgewandt ist und die bevorstehenden Kosten bei Öl und Gas außen vor lässt. Damit ist eine CO₂-freie, eine klimaneutralere Fernwärmeversorgung nicht wettbewerbsfähig. Hier werben wir auch für konkrete Änderungen im Rechtsrahmen.

Die aktuelle Energiekrise setzt die Energieversorgung insgesamt unter Druck. Versorgungssicherheit jeden Tag und rund um die Uhr zu gewährleisten, das war immer der Anspruch der Stadtwerke, und das ist auch gut gelungen. Um Versorgungssicherheit aufrecht zu



erhalten, muss fossiles Erdgas mehr und mehr durch fossile andere Energieträger wie Öl und Kohle ersetzt werden. Das ist bitter, lässt sich aber aktuell leider nicht vermeiden. Umso wichtiger ist es, den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern zu forcieren, also mehr und nicht weniger Erneuerbare Energien zu nutzen. Aber dies erfordert gewaltige Investitionen. Die Stadtwerke würden dazu gerne ihren Beitrag leisten. Deshalb treibt uns im Moment eine ganz große Sorge um. Die Stadtwerke kommen aktuell an die Grenzen ihrer Liquidität, weil sie zum Ankauf von Gas das acht- bis zehnfache, und wir haben auch schon das 15-fache, des früher üblichen Preises gezwungen sind zu zahlen. Das muss vorfinanziert werden, bevor die Energie bzw. Gas an die Kunden geliefert wird, die das dann auch bezahlen. Aber auch die Banken haben ihr Limit. Stadtwerken geht daher die Liquidität aus. So bekommen insbesondere Wirtschaftsunternehmen zunehmend Probleme, Anschlussverträge zu erhalten, selbst dann, wenn sie die höheren Preise bezahlen könnten, weil Stadtwerke mangels eigener Liquidität keine Lieferverträge mehr anbieten können. Das ist kein Problem der physischen Verfügbarkeit von Gas, sondern Ergebnis der Marktlage. Hinzu kommen auch die gestiegenen Anforderungen, also Sicherheiten im Terminhandel an der Börse aber auch im außerbörslichen Handel zu hinterlegen. Das alles bindet gewaltige Liquidität. Deswegen werben wir seit Monaten für einen Schutzschirm für Stadtwerke, der insbesondere Liquiditätshilfe beinhalten muss oder staatlich garantierte Kredite.

Was passiert, wenn das nicht kommt? Dann werden sich die Stadtwerke auf ihr Kerngeschäft konzentrieren müssen und können nicht vollumfänglich liefern, um den Energiehandel bzw. die Energieversorgung aufrecht zu erhalten. Aber dann bleiben keine Liquidität und auch keine Kreditmarge mehr bei den Banken für Investitionen in die Energiewende, in Erzeugungsanlagen oder in den Ausbau der Wärmenetze und in Investitionen in Energieeffizienz übrig. Dann fallen die Stadtwerke als Partner der Energiewende faktisch aus.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, hatte im Frühjahr die kommunalen Spitzenverbände und den VKU gebeten, dass diese sich bei der Energiewende

engagieren sollten. „Ich brauche euch“, war sein Signal. Das kommunale Engagement für die Energiewende sei wichtig. Das wollen wir gerne leisten. Aber dafür brauchen wir auch die Unterstützung der Bundesregierung für die Sicherstellung der Liquidität. Wenn das nicht gelöst wird, dann fallen die Stadtwerke definitiv als Partner für die Energiewende aus. Denn schon heute erleben wir, dass Investitionsvorhaben mindestens dreimal geprüft und teilweise auch auf Eis gelegt werden. Auch die Banken sind zunehmend zurückhaltender bei ihrem Engagement in der Energiewirtschaft. Deshalb ist hier hoher Handlungsbedarf gegeben.

Ein dritter Punkt ist das Thema „Klimaanpassung“. Das gehört zur Klimapolitik mit dazu. Wir haben gerade von Frau Langkamp die Hinweise auf die letzten Dürrejahre gehört. Innerhalb der letzten fünf Jahre gab es vier Dürrejahre und ein Jahr mit Starkregenereignissen, Stichwort „Ahrtal“ in Nordrhein-Westfalen. Das war ja an der Stelle nicht besser. Wir erleben diese Folgen insbesondere in der Wasserwirtschaft. Die kommunalen Wasserversorger kümmern sich deshalb um den Umbau der Wasserwirtschaft, der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung, um sie klimaresilienter zu machen. Ich nenne nur die Stichworte „Schwammstadt“ mit mehr Aufnahmekapazität von Wasser in den Städten und einer verstärkten Brauchwassernutzung und mehr Verbundkapazitäten, um Grundwasserressourcen nachhaltiger zu bewirtschaften. Aber auch das erfordert alles einen hohen Investitionsaufwand, den wir leisten müssen, um die Klimavorsorge in der Wasserwirtschaft zu leisten. Auch dafür brauchen wir Liquiditätsunterstützung. Insofern hängt alles miteinander zusammen.

Ich freue mich, über diese oder andere Sie interessierende Punkte in der folgenden Diskussion. Zunächst sage ich erst mal herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Liebing. Auch das war ein vehementes Statement für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, wenn er auch, wie wir schon im Vortrag vorher gehört haben, immer noch mit zahlreichen Schwierigkeiten behaftet ist.



Wir steigen jetzt in die erste Fragerunde ein. Ich schaue mal in die Runde. Ich sehe die ersten Wortmeldungen. Ich rufe in der folgenden Reihenfolge Herrn Wagner, Frau Dr. Kersten, Herrn Echeverria, Herrn Dr. Kraft, Herrn Mayer-Lay und Herrn Gerschau auf.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank an Sie beide und besonders auch an Frau Langkamp für ihren Vortrag, den ich sehr informativ fand. Aber ich will Ihnen auch die Emotion schildern, die Ihr Vortrag am ehesten bei mir ausgelöst hat, nämlich Angst. Es hat mir wirklich Angst gemacht, diese Prognosen zu sehen und dass wir anscheinend so weit davon entfernt sind, das 1,5 Grad-Ziel und unsere Klimaziele zu erreichen und den zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Ich bin entsetzt darüber und werde noch mal die folgende Frage an Sie stellen: Welche Maßnahmen sind jetzt aus Ihrer Perspektive kurzfristig zu tätigen, um möglichst nah an das 1,5 Grad-Ziel heranzukommen. Vielleicht können Sie auch gerade die Sektoren beschreiben, die Sie angesprochen hatten. Sie hatten – glaube ich –, „Bauen und Verkehr“ aber auch „Landwirtschaft“ genannt. Welche Maßnahmen sind da notwendigen, und wo sehen Sie aus Ihrer Perspektive die größten Hürden bzw. Hindernisse? Ist das eher technischer Natur? Teilweise ist es auch gesellschaftlicher Natur. Wo glauben Sie, sind die größten Hürden? Das wäre für mich als politischen Entscheidungsträger relevant, um dann auch die Hebel zu finden. Wir laufen hier auf eine Katastrophe zu. Ich glaube, dass ist dramatisch. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Wagner. Jetzt Frau Dr. Kersten.

Abg. **Dr. Franziska Kersten** (SPD): Ich möchte mich auch für die sehr informativen Vorträge bedanken. Meine Frage geht an Frau Langkamp. Wir haben ja im Prinzip in Deutschland schon Schwierigkeiten, unsere Ziele zu erreichen. Aber wir müssen ja auch global denken. Es gab ja den Klimagipfel der Vereinten Nationen in Kopenhagen. Dort haben wir versprochen, die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bis zum Jahr 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr anzuheben und dafür Mittel aus öffentlichen, privaten und alternativen Quellen zu mobilisieren. Festgehalten wurde auch, dass das

100-Milliarden-Dollar-Ziel bis 2025 gehalten wird. Wie beurteilen Sie die derzeitigen Bemühungen Deutschlands im Kontext dieser internationalen Klimafinanzierungen?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Herr Echeverria.

Abg. **Axel Echeverria** (SPD): Dem Dank meines Vorredners und meiner Vorrednerin kann ich mich anschließen. In allererster Linie geht meine Frage an Herrn Liebing. Sie haben sehr viel über Liquidität bzw. über Geld gesprochen. In Teilen dieser Republik ist es so, dass die Städte de facto überschuldet sind, ihre Kernaufgaben kaum noch hinbekommen. Ich gebe Ihnen komplett Recht, dass der Schlüssel, den Klimawandel aufzuhalten bzw. das 1,5 Grad-Ziel einzuhalten und auch die Klimaanpassung umzusetzen, in den Kommunen liegt. Aber ich stelle mir gerade die Frage, wie das gehen soll, wenn durch die derzeitige Krise und die gestiegenen Kosten keine Geldmittel vorhanden sind, weil die Städte auch gebeutelt sind. Ich komme aus dem Ruhrgebiet. Bei mir fragen die Bürgermeister jetzt schon, wie sie das alles zahlen sollen. Daher meine Frage: Ist das aus Ihrer Sicht überhaupt kommunal umsetzbar, wenn wir uns nicht a) um die Altschuldigen kümmern, aber auch b) überhaupt über die Frage unterhalten müssen, wie wir die Kommunen auf finanziell stabile Beine gestellt bekommen? Ohne die Kommunen sehe ich nicht die Chance, dass wir den Klimawandel auf das 1,5 Grad-Ziel beschränken. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Jetzt Herr Dr. Kraft.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für die informativen Vorträge. Ich muss feststellen, dass Sie viel zum Thema „Klimaschutz“ gesagt haben, aber das Nachhaltigkeitsziel (Sustainable Development Goal, SDG) Nummer 7, „Nachhaltige Energie“ haben Sie, wenn überhaupt, nur sehr rudimentär gestreift und insbesondere der Frage, wie denn die Versorgung mit Energie für die Bevölkerung stattfinden soll.

Herrn Liebing würde ich gerne auch etwas fragen. Sie haben gesagt, Sie wollen auf das Gasnetz auf Wasserstoffversorgung umstellen. Ist Ihnen bewusst, dass das derzeitige Erdgasnetz eigentlich nicht in der Lage ist, einen Komplettumstieg auf



Wasserstoff zu verkraften? Es ist in seiner Infrastruktur dafür überhaupt nicht geeignet. Es müsste komplett ersetzt werden. Das heißt, 500.000 Kilometer Gasnetz müssten umgebaut werden.

An Frau Langkamp gerichtet hätte ich folgende Fragen: Sie haben ja ganz richtig gesagt, dass Sie sehr stark auf Windkraft setzen wollen. Sie haben dabei die Ausbaupläne dargelegt und dass diese nicht mehr am Rande der Wirtschaftlichkeit seien. Welche Standorte haben Sie denn dafür vorgesehen? Die mittleren

Windgeschwindigkeiten an den süddeutschen Standorten, also da, wo ich herkomme, haben ungefähr nur die halbe Windgeschwindigkeit wie die guten Standorte an der Küste. Mit der halben Windgeschwindigkeit geht lediglich ein Viertel der Energie einher und damit im Prinzip ein Viertel des Ertrages, also der Kilowattstunden, die man pro Jahr aus so einer Anlage abziehen könnte. Bezüglich der neun Gigawatt, die Sie zusätzlich bauen wollen: Sind das jetzt Standorte, die Sie paritätisch übers Land verteilen wollen oder wollen Sie einen guten Standort? Aber was ist, wenn die guten Standorte schon belegt sind? Dann bleiben ja nur die schlechteren übrig. Die Frage ist auch, wie Sie das, was Sie mit der Photovoltaik an Mengen erzeugen, in die Zeiträume hinüberretten wollen, in der die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht. Berechnungen der Wirtschaft gehen davon aus, dass man ungefähr 150 bis 180 Pumpspeicherwerke von der Größe in der Gemeinde Goldisthal bräuchte, wenn man dies entsprechend mit Pumpspeicherkraftwerken machen wollte. Also, wo bauen wir diese hin?

Wenn Sie es anders machen wollen als mit Wasserstoff, dann ist die Frage: Wo kriegen Sie diese Mengen her? Und wenn Sie nicht Wasserstoff importieren wollen, sondern Ammoniak: Wie groß ist der Ammoniakschlupf, mit dem Sie rechnen? Wie viel Ammoniak geht auf dem Transport verloren und vielleicht in die Umwelt und wird dort zu Lachgas oxidiert, das nach Angaben des Umweltbundesamtes eine 300-mal höhere Treibhausgaswirkung hat wie CO₂? Ist das auch in Ihren Berechnungen, in Ihrer Roadmap bezüglich des Treibhausgases aufgezeichnet? Das wären die Fragen, die mich an dieser Stelle interessieren. Dankeschön.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Dann bitte Herr Mayer-Lay.

Abg. **Volker Mayer-Lay (CDU/CSU):** Vielen Dank auch von meiner Seite an beide Referenten für Ihre wertvolle Zeit am heutigen Abend. Frau Langkamp, das war ja schon ein Vortrag „Energiewende kompakt“. Das war sehr anschaulich. Vielen Dank dafür. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie in Ihrem Vortrag auch kurz erwähnt, dass selbst in diesen Jahren deutlich mehr Ausbaumöglichkeiten für Erneuerbare bestehen würden. Würden Sie dazu bitte nochmals etwas konkretere Ausführungen machen?

Herr Liebing, vielen Dank auch für Ihre kommunale Sicht. In Ihrem Positionspapier habe ich gelesen, dass Sie sich gerade beim Ausbau der Windkraft eine stärkere Beteiligung von Bürgern und Kommunen wünschen würden. Wie könnte denn diese aussehen? Da würde ich mich auch über eine Antwort freuen. Danke.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Und zum Abschluss der ersten Fragerunde Herr Gerschau.

Abg. **Knut Gerschau (FDP):** Meine Frage geht an Frau Langkamp. Sie sagen, es ist sicher, dass es zu einer Gasmangellage kommen wird. Die Länder werden sich gegenseitig überbieten, haben Sie gesagt, sprich, der Gaspreis wird eher steigen. Welche Chancen sehen Sie denn, wenn wir dann im Jahr 2023 den Bruttozubau von Photovoltaik durch Förderprogramme erheblich erhöhen? Oder gibt es der Markt gar nicht her, dass wir über diesen Bruttozubau überhaupt erst wegen der Knappheit an Photovoltaiktechnik nachdenken? Das bezieht sich genauso auch auf den Bruttozubau von Windenergie. Haben wir überhaupt eine Chance, wenn wir es wollten, den Bruttozubau erheblich zu erhöhen, oder macht uns die Produktionsknappheit einen Strich durch die Rechnung?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Das ist eine ganz ordentliche Spannweite an Fragen. Ich schlage vor, dass wir bei der Beantwortung diesmal in umgekehrter Reihenfolge vorgehen, wenn Sie nichts dagegen haben? Und deswegen würde ich erst mal Herrn Liebing um die Antworten bitten.

Sachverständiger **Ingbert Liebing (Verband**



kommunaler Unternehmen e.V., Hauptgeschäftsführer): Vielen Dank, soweit die Fragen an mich gerichtet worden sind. Zunächst auch zu der mehrfach gestellten Frage: Welche Aussichten haben wir auf eine Beschleunigung? Es ist auch von Frau Langkamp darauf hingewiesen worden, dass es Probleme in den Lieferketten gibt und die Inflation den Unternehmen beim Ausbau Probleme bereitet. Ich möchte auch auf den Faktor Mensch, Fachkräftemangel bzw. Arbeitskräftemangel verweisen. Das erleben wir jedenfalls auch in den Unternehmen, dass es immer schwieriger wird, die Projekte der Transformation überhaupt praktisch umzusetzen, weil die Unternehmen keine Baukapazitäten haben, wenn es um Leitungsausbau, um Netzausbau und ähnliches geht. Deswegen werben wir auch hier für eine Kampagne, um Personal für die Energiewendeberufe zu gewinnen. Lösungen gibt es, aber wichtig ist, dass wir uns diesem Thema auch widmen.

Ausdrücklich Dank sage ich an Herrn Echeverria für sein Plädoyer für die Rolle der Kommunen. Nichts geht ohne kommunales Engagement. Ich kann Sie nur ermuntern, die Unterstützungen so zu setzen, dass die Kommunen selber, aber auch die kommunalen Unternehmen ihr Engagement für die Energiewende wahrnehmen können. Sowohl die Städte und Gemeinden, Landkreise, aber auch wir als kommunale Unternehmen, als Stadtwerke, wollen es ja. Ich habe Ihnen die wesentlich größte Herausforderung, vor der wir im Moment stehen, geschildert. Die Energiekrise bindet so viel Liquidität, dass das Investitionsvolumen in Gefahr gerät. Deswegen ist die dringliche Bitte, über Liquiditätshilfen dafür zu sorgen, dass auch noch Investitionskraft übrig bleibt.

Was die Rolle von Wasserstoff anbelangt, so sind wir schon der Auffassung, dass hier ein großes Potenzial liegt. Es ist nicht unsere Auffassung, dass wir komplett alles das, was zurzeit in der dezentralen Wärmeversorgung mit fossilem Erdgas über die Erdgasverteilnetze zur Verfügung gestellt wird, durch Wasserstoff ersetzt werden kann. Aber die kommunale Wärmeplanung soll das Instrument sein und zielgerichtet je nach örtlicher Situation untersuchen, was die richtige Lösung ist. Ist es Fernwärme oder ist es die

Elektrifizierung über Wärmepumpen? Aber eine Option kann unserer Auffassung nach eben auch der Ersatz von fossilem Erdgas durch CO₂-freie synthetische Gase sein, insbesondere auch durch Wasserstoff.

Das Erdgasnetz ist dafür eine gute Infrastruktur. Ich weiß nicht, woher Sie, Herr Abgeordneter Dr. Kraft, zu der Einschätzung kommen, dass die Gasnetze dazu nicht in der Lage wären und ein Komplettaustausch notwendig sei. Schon heute wird ja eine Beimischung praktiziert. Bis zu zehn Prozent ist es auch zulässig. Es gibt weitere Versuche auf 20, auf 30 Prozent zu gehen. Die Einschätzung der Gasnetzbetreiber ist, dass hier sehr viel mehr möglich ist. Wer das nicht will, muss es durch andere Infrastrukturen ersetzen. Die Nutzung von Wärmepumpen erfordert dann einen deutlichen Ausbau der Stromnetze. Das gelingt nicht ohne den Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten. Wie auch immer. Wir stehen vor der Aufgabe, das fossile Gas zu ersetzen, und da kann eben Wasserstoff auch in der dezentralen Wärmeversorgung für uns eine Option sein.

Letzter Punkt war die Frage an mich – Thema „Bürgerbeteiligung“. Ich glaube, dass darin nicht der alleinige, aber ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg liegt. Ich selber komme aus Nordfriesland. Da sind über 90 Prozent der Windparks im vollständigen Eigentum der Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Gemeinden. Das ist Bürgerbeteiligung pur. Es ist sicherlich nicht das Geschäftsmodell für Stadtwerke. Aber was ist die Konsequenz? Ich kenne keine andere Region in Deutschland, wo die Windkraftdichte so groß und gleichzeitig die Akzeptanz in der Bevölkerung aufgrund der hohen Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger so groß ist wie dort. Ich habe als Abgeordneter seinerzeit in meinem Wahlkreis mehr Ärger mit den Bürgermeistern gehabt, die keine zusätzlichen Windeignungsflächen bekommen haben als mit denjenigen, die sie bekommen haben. Sicherlich gab es auch strittige Projekte. Aber es ist ein Schlüssel zum Erfolg. Die Bürgerbeteiligung und die Stadtwerke haben dafür auch Konzepte aufgesetzt. Es gibt Mischformen, wo dann auch das jeweilige Stadtwerk eine breite Bürgerbeteiligung mit ermöglicht, aber eben auch das Management der Projekte darstellt. Ich kann



Sie nur ermuntern, auch dazu den Rechtsrahmen nachzuschärfen und diese Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten für den Ausbau der Windkraft noch zu verbessern. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Liebing. Damit sind wir bei Frau Langkamp angekommen. Bitteschön.

Sachverständige **Stefanie Langkamp** (Klima Allianz Deutschland e.V., Leiterin Nationale Klima- und Energiepolitik): Vielen Dank für Ihre Fragen. Ich versuche mal, auf alles einzugehen.

Also erst mal zu der Frage nach den Erneuerbaren und den Standorten und ob die auch in Süddeutschland in dem Maße ausgebaut werden müssen. Da kann ich einfach nur sagen: Klar ist der Windertag an einigen Stellen in Süddeutschland deutlich geringer. Trotzdem haben wir im Moment nicht die Chance, zwischen Standorten auszuwählen. Es muss jeder Standort genutzt werden. Wir haben ja auch nicht ohne Grund das Flächenziel von zwei Prozent beschlossen. Das heißt, es ist jetzt wirklich wichtig, dass jedes Bundesland guckt, wo Windstandorte ausgewiesen werden können. Wir haben bei den Mengen, die wir zubauen müssen, nicht die Wahl. Wir müssen alles maximal ausschöpfen. Klar ist auch, dass es Speicher braucht. Es ist genau richtig. Ich denke natürlich dabei auch an dezentrale Speicher wie Batterien und Ausbau der Netze. Wir müssen das Ganze immer auch im europäischen Verbund betrachten. Das heißt, alle Partner in Europa müssen die Hausaufgaben machen. Wir haben tatsächlich auch das Problem von Ammoniakschlupf, genauso wie wir auch jetzt in den Gasnetzen das Problem haben, dass eine viel größere Menge an Methan entweicht als wir uns das vorstellen. Das heißt, die regelmäßige Wartung der Netze ist da auch ein ganz wichtiger Punkt.

Was die Chancen angeht, den Bruttozubau bei Photovoltaik zu erreichen, so ist das ganz klar eine Herausforderung. Da muss man – glaube ich – jetzt nicht herumreden. Aber was sich jetzt gerade auch mit dieser Krise ergibt: Vor Ort gibt es wirklich auch ein Umdenken bei vielen Leuten. Das Interesse für Wärmepumpen und für Photovoltaik ist angesichts der Krise stark gestiegen. Wir haben an vielen Stellen eine hohe Auslastung der Handwerker. Das ist jetzt auch

eine Frage, wie man den Markt hochlaufen lässt. Ich hatte gerade auch davon gesprochen, dass z. B. bei der Windenergie eine Abnahmegarantie für Anlagen ein interessantes Instrument wäre, damit eben die Windindustrie wieder in die Gänge kommt und dabei die entsprechenden Anlagen baut. Gleiches wäre vielleicht auch in dem Bereich Photovoltaik angesagt.

Bei der Windenergie hatte ich ja von den 9000 Megawatt gesprochen, die im Grunde jetzt schon genehmigt sind. Davon sind 3000 Megawatt „Empowering“ und 6000 Megawatt im Grunde ein Zubau. Aber sie werden wegen der schlechten wirtschaftlichen Aussichten eben nicht gebaut. Da ist eben die Frage: Kann man durch einen Baukostenzuschuss oder durch eine nachträgliche Erhöhung des Zuschlagswertes oder beispielsweise durch irgendwelche Garantien Anreize schaffen, damit diese Anlagen in den Bau kommen? Das wäre ja ganz zentral, damit wir jetzt auch wirklich schnell in eine Situation kommen, bei der Gas gespart werden kann. Natürlich braucht so ein Bau auch seine Zeit. Die würden jetzt nicht mehr in diesem Jahr gebaut werden, aber sie könnten uns für die nächsten Winter helfen, wenn wir dabei jetzt in die Gänge kommen. Die Genehmigungen haben in den letzten Jahren ja wirklich unendlich lange gedauert. Dass wir da jetzt schon genehmigte Anlagen haben, die aber nicht gebaut werden, das ist ein Problem, an das wir unbedingt ran müssen.

Ich hatte auch etwas zur Gasmangellage gesagt. Ich sehe tatsächlich die Gefahr, dass wir am Ende des Winters in einen Notstand kommen, wo nicht mehr ausreichend Gas im Markt vorhanden ist und dann die Industrie oder auch die Verbraucher per Dekret „heruntergeregelt“ werden müssen. Das ist ja etwas, das wir unbedingt verhindern müssen. Daher fand ich eigentlich den Ansatz von der Europäischen Kommission, einen Teil der Gesamtrechnung zu übernehmen, viel schlauer, als jetzt das Signal zu geben, dass der Preis gedeckelt ist. Das verringert einfach die Verantwortung bzw. den Sparanreiz. Wenn man vielleicht einen Teil der Gesamtrechnung für die Energiekosten übernehmen würde, dann wäre das noch mal losgelöster und zielgenauer. Bei der Industrie wäre mein Plädoyer, auch mit Direkthilfen zu arbeiten. Aus der Covid-Pandemie haben wir da viele Erfahrungen gesammelt.



Was die Frage der Vereinten Nationen, also des Weltklimagipfels in Ägypten angeht, sehe ich auch die Frage der Klimafinanzierung für ganz entscheidend an. Wir brauchen gerade in dieser Zeit eine Zusammenarbeit von den Ländern und eine gute Kooperation. Da sollten solche Zusagen auch eingehalten werden müssen. Ich hatte von der Herausforderung gesprochen, dass wir im Grunde viele Investitionen brauchen werden für den Klimaschutz. Die Zusagen für die internationale Klimafinanzierung ist dabei ein Teil. Der andere Teil, den hatte Herr Liebing gerade auch noch mal mit benannt: Auch die Stadtwerke engagieren sich jetzt gerade in dieser Situation. Deswegen ist es schwierig, wenn wir mit sehr ungenauen Instrumenten viele Milliarden nach außen geben. Es ist auch schwierig, wenn wir nicht gleichzeitig über Einnahmen nachdenken, beispielsweise durch veränderte Steuersysteme, eine Vermögensabgabe, eine Vermögenssteuer, durch eine Erbschaftssteuer, durch eine Übergewinnbesteuerung. Das sind Themen, die wir offen diskutieren müssen. Natürlich haben wir nicht unbegrenzt Geld.

Und die letzte Frage, die die Angst anging. Da kann ich sagen, das kann einem wirklich Angst machen. Das macht auch mir Angst. Das ist – glaube ich – ein berechtigtes Gefühl angesichts der Lage, in der wir uns befinden. Woran wir uns gleichzeitig auch erinnern können ist, dass wir mächtig sind und dass wir uns gerade in den letzten Jahren mit einer enormen Geschwindigkeit entwickelt haben. Wie sich der Klimawandeldiskurs in den letzten fünf Jahren entwickelt hat, das habe ich den letzten 20 Jahren nicht gesehen. Ich bin wirklich schon so lange an dem Thema dran. Das heißt, ich hatte durchaus den Glauben, dass uns das mit der entsprechenden Umsichtigkeit und Entschlossenheit gelingen kann. Um ein paar Dinge zu benennen, die da gemacht werden müssen: Das ist im Landwirtschaftsbereich ganz klar die Reduzierung des Tierbestandes. Das kann z. B. auch durch eine Mehrwertsteuersenkung bei pflanzlichen Lebensmitteln erfolgen und durch eine Mehrwertsteuererhöhung bei tierischen Produkten – das ist auch gut für die Gesundheit. Das kann passieren durch eine Verstetigung der Maßnahmen im Bereich des Heizungschecks, da jede Heizung deutlich effizienter gefahren werden kann, als diese in der Regel jetzt gefahren wird.

Ganz essenziell ist im Gebäudebereich aber, dass wir im Grunde für jedes Gebäude einen Sanierungsfahrplan erstellen, wie dieser Bereich dann spätestens im Jahr 2045, aber besser noch früher, klimaneutral betrieben werden kann, mit entsprechenden Förderprogrammen, aber auch mit Mindest-Energieeffizienz-Standards. Die sehr ineffizienten Gebäude machen im Grunde einen sehr großen Teil des Verbrauches aus. Wenn wir an diese Gebäude verpflichtend herangehen aber gleichzeitig auch auf eine soziale Weise, dann sind wir z. B. im Gasverbrauch auch insoweit verbunden, in dem wir ein Verbot für rein fossile Gas- und Ölheizungen haben und damit wirklich ein Stück weiter.

Was den Verkehr angeht: Ganz klar ist kurzfristig ein Tempolimit richtig und wichtig. Aber es geht auch um den Umbau der Städte, die Veränderung der Straßenverkehrsordnung und dass Kommunen selber auch mehr Möglichkeiten haben, Alternativen aufzubauen. Was man aber ganz klar sagen muss: Man braucht da auch die nötigen Investitionen, gerade im Verkehr, gerade im Gebäudesektor. Das heißt, das wir da auch öffentliche Mittel brauchen. Dann gilt es ganz klar auch Anreize, verbrauchsstarke Autos jetztso schnell wie möglich abzuschaffen. Dazu gehört eine veränderte Kraftfahrzeugsteuer, dazu gehört eine Bonus-Malus-System, also die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs in der jetzigen Form bzw. die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen insgesamt. Wir haben hierzu ganz viele Ideen. Ich glaube auch, dass wir diese umsetzen können, und wir sind jetzt kurz davor, das auch in Angriff zu nehmen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Frau Langkamp. Das waren zahllose weitere Stichworte, über die wir auch noch diskutieren könnten. Ich habe ja gesagt, wir machen eine bis zwei Fragerunden. Mit Blick auf die Uhr würde ich keine zweite komplette Fragerunde zulassen wollen. Wenn es Nachfragen gibt zu den Antworten bzw. wenn Aspekte aus Ihrer Sicht nicht ausreichend beantwortet worden sind oder Nachfragen, die jetzt ganz „brandaktuell“ zu dem passen, was geantwortet worden ist, dann würde ich die zulassen. Ich sehe jetzt mehrere Wortmeldungen. Bitte begrenzen Sie sich bei Ihre Frage auf eine Minute. Herr Brinkhaus beginnt. Danach die weiteren Wortmeldungen.



Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Zwei Fragen an Frau Langkamp. Erste Frage: Bezüglich der Windkraftanlagen, die sich nicht mehr lohnen. Da wären wir sehr daran interessiert, wenn Sie Berechnungen bzw. Unterlagen haben, dass Sie dies gegebenenfalls dem Beirat hier schriftlich nachreichen. Das Thema ist sehr interessant.

Das zweite Thema: Wir verhandeln ja momentan auf europäischer Ebene marktwirtschaftliche Elemente. Das heißt, dass wir das Europäische Emissionshandel-System (Emissions Trading System, ETS) ausdehnen wollen auf die Bereiche „Mobilität“ und „Gebäude“. Vielleicht können Sie da aus Ihrer Sicht auch noch etwas zu sagen. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Herr Dr. Kraft.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Frau Dr. Langkamp, Sie hatten die dezentrale Energiespeicherung angesprochen. Das heißt natürlich, dass die Bürger mit ihrem eigenen Speicher das Netz unterstützen. Batterien haben eine endliche Lebenszeit. Das heißt, die Zyklusbenutzung vernichtet einen Wert des Bürgers. Inwiefern haben Sie vor, dass Sie die Bürger für diese Speicherleistung entlohnen?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Herr Echeverria.

Abg. **Axel Echeverria** (SPD): Herr Liebing, ich hätte noch mal die folgende Frage: Sie hatten vorhin gesagt, dass Sie eigentlich wollen, dass durch weitere Kredite Liquidität zur Verfügung gestellt wird. Aber wie machen wir es bei Städten, die schon überschuldet sind und wo ein Eigenanteil ein riesiges Problem ist? Das würde mich mal interessieren.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Herr Wagner.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Langkamp, noch mal eine Nachfrage. Wenn man sich anguckt, dass wir im Prinzip ja nur über Strom nachhaltig Energie herstellen können. Wenn wir keine fossilen Rohstoffe verbrennen möchten und man sich gerade mal ansieht, wie viel Energie wir gerade aus nachhaltigem Strom erzeugen, dann sind es – glaube ich – auf den Gesamtenergieverbrauch in Deutschland bezogen, ungefähr sechs bis sieben

Prozent, die wir für den gesamten Energieverbrauch aus Erneuerbaren erzeugen. Beim Strom ist es mehr. Aber wir brauchen noch andere Energie. Halten Sie es für realistisch, dass wir wirklich 100 Prozent oder sogar eine Steigerung des heutigen Energieverbrauches mit Erneuerbaren Energien herstellen können, oder würde das auch wieder Importe einschließen? Oder sagen Sie, wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir den Gesamtenergieverbrauch senken können? Wenn ja, um wie viel? Gibt es da Berechnungen oder Szenarien, die Sie für realistisch halten? Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, und mit der Bitte um eine kompakte Beantwortung beginnen wir wieder bei Frau Langkamp.

Sachverständige **Stefanie Langkamp** (Klima Allianz Deutschland e.V., Leiterin Nationale Klima- und Energiepolitik): Vielen Dank. Die eine Frage bezog sich auf die Ausweitung des ETS. Also, es ist sicherlich sinnvoll, auch CO₂-Emissionen im Bereich „Gebäude“ und „Verkehr“ mit einem Preis zu versehen. Aber es kann, und das zeigt ja auch die jetzige Situation, nicht das einzige Instrument sein. Das heißt, es muss immer einen Instrumentenmix geben, weil es sonst zu Sozialverwerfungen kommt. Das merken wir in diesem Moment sehr deutlich. In Europa ist es ja leider so, dass dieses Instrument sehr spät kommen wird und auch gar nicht für die Privatverbraucher, sondern erst mal nur für die Gewerbe. Eines der Probleme war, dass Deutschland sich nicht an einem Sozialfonds beteiligen wollte, mit dem eben auch gegen die sozialen Härten, die dann dabei auftreten könnten, entgegengewirkt wird.

Was die Batterien angeht und Speicherleistung zu entlohnen, da haben wir selber keine Position dazu. Es kann aber immer Sinn machen, bestimmte Technologien im Anschlag zu finanzieren. Man kann auch darüber nachdenken, die jetzige Abwärme zu nutzen, die überall vorhanden ist. Wir müssen im Grunde ja auch erneuerbare Wärme viel stärker nutzen, gerade wenn wir jetzt umsteigen von Gas auf die Nutzung von erneuerbaren Wärme bzw. auf die Potenziale von Abwärme. Man kann auch darüber nachdenken, dass man beispielsweise ein



Einspeisegesetz für Abwärme macht. Das sind alles Möglichkeiten, die man diskutieren kann.

Und was den Stromverbrauch am Gesamtmix angeht, sind es derzeit etwa 17 Prozent. Aber es ist tatsächlich – natürlich gemessen am Gesamtverbrauch – deutlich weniger als im Strombereich, wo wir fast die Hälfte durch Erneuerbare Energien haben. Das heißt, man muss ganz klar mit einer Senkung des Energieverbrauches arbeiten. Ich hatte ja gerade auch schon die Bereiche genannt: Gebäude-Mindestenergie-Effizienz-Standards für die „schlechtesten“ Gebäude, weniger verbrauchsstarke Autos, Umstieg auf Alternativen, weg vom Individualverkehr. Das sind alles wichtige Punkte, um insgesamt den Energieverbrauch zu reduzieren.

Ich gucke gerne noch mal, dass ich schriftlich etwas zusammenstelle, was die Erneuerbaren Energien angeht und versuche, das nachzureichen. Das werden wir diese Woche sicherlich nicht schaffen, weil wir gerade zeitlich sehr eingebunden sind. Aber ich hoffe, dass ich das nächste Woche nachreiche.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank und zum Abschluss Herr Liebing nochmal mit der kompakten Beantwortung der Nachfragen.

Sachverständiger **Ingbert Liebing** (Verband kommunaler Unternehmen e.V., Hauptgeschäftsführer): Vielen Dank. Zunächst zu der Frage von Herrn Echeverria. Was tun wir bei den überschuldeten Kommunen? Das eine wäre auch seitens des Bundes das, was im Koalitionsvertrag steht, nämlich für die Kommunen eine Altschuldenregelung zu treffen, die dieses aus eigener Kraft nicht schaffen und nur mit Unterstützung des Landes. Die Alternative liegt aber auch darin, jedenfalls bei den Investitionen, über die wir jetzt als Stadtwerke sprechen können, diese Kreditvergabe direkt an die Stadtwerke zu geben und dort die Liquidität zu stärken, damit die Stadtwerke dann auch wiederum in die Projekte der Energiewende investieren können.

Ich würde gerne aus der Diskussion noch zwei Punkte aufgreifen, wo wir vielleicht einen Tick weit eine andere Sicht haben als Kollegin Langkamp von der Klima Allianz. Das eine ist: Im Gebäudesektor, wo wir einen großen

Nachholbedarf haben, 85 Prozent liegen noch vor uns, da werben wir dafür, nicht nur das einzelne Gebäude zu betrachten, also eine Art Sanierungsfahrplan für jedes Gebäude. Das kann man alles machen, aber das dauert viel zu lange. Wir haben es immer mit jedem einzelnen Gebäudeeigentümer zu tun. Wenn wir stärker das Quartier betrachten und Energieträgerwechsel für das gesamte Quartier in den Blick nehmen, können wir sehr viel schneller sein. Da sehen wir auch als Stadtwerke unsere Rolle.

Bei der Rolle zum Gas möchte ich ausdrücklich auch an dieser Stelle noch einmal dafür werben, jetzt nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Der Gasausstieg ist schwierig. An der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit von Gas führt kein Weg dran vorbei. Auch durch die Energiekrise ist es nicht anders geworden. Parallel zum Hochlauf der Erneuerbaren Energien brauchen wir auch Gas als Kompensation für die Spitzenlast, für den Spitzenverbrauch, wenn Wind nicht weht und Sonne nicht scheint.

Der Koalitionsvertrag dieser Bundesregierung sieht ja auch den Neubau von Gaskraftwerken vor, die dann perspektivisch „H2-ready“ sein müssen, um durch CO₂-freie Gase ersetzt werden zu können. Diese Zeit für den Hochlauf werden wir noch brauchen. Aber diese Investitionen tätigt zurzeit niemand, auch wegen der Unsicherheiten. Wie geht es überhaupt weiter mit Gas? Ist die Regierung noch bereit, auch diese als Brückentechnologie hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung notwendigen Kapazitäten sicherzustellen? Dafür brauchen wir ein anderes Strommarkt- bzw. Energiemarktdesign, was gesicherte Leistung auch honoriert. Wir brauchen tatsächlich auch die Förderung für den Bau dieser entsprechenden Kraftwerke, die gesicherte Leistung gewährleisten. Etwa 30 bis 40 solcher Kraftwerke werden wir in Deutschland brauchen. Zurzeit ist der Investitionsrahmen dafür so unsicher wie nie zuvor. Aber ohne diesen wird auch der Hochlauf der Erneuerbaren nicht gelingen. Je mehr wir ihn forcieren, umso mehr wird auch der Druck da sein, dass wir diese gesicherte Leistung brauchen. Beides muss man zusammen denken. Deswegen halten wir wenig davon, jetzt schon gleich zu sagen, „Wir müssen jetzt so schnell wie möglich auch noch aus dem Gas raus“. Dann wird das nicht funktionieren.



Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Im Namen des Beirates danke ich Ihnen beiden, Frau Langkamp und Herr Liebing. Ein großes Dankeschön insbesondere auch an Frau Langkamp, da Sie trotz gesundheitlicher Einschränkung für dieses sehr interessante Gespräch zur Verfügung gestanden haben. Wir werden sicherlich noch an vielen Stellen über Energie, Klimaschutz, CO₂, Dekarbonisierung usw.

miteinander diskutieren. Für heute aber ein ganz herzliches Dankeschön.

An dieser Stelle schließe ich die öffentliche Sitzung und darf die Beiratsmitglieder sowie die Zutrittsberechtigten Personen bitten, sich bereitzuhalten, weil wir in zwei Minuten den nicht-öffentlichen Teil unserer Sitzung durchführen werden. Vielen Dank. Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19:02 Uhr

Helmut Kleebank, MdB

Vorsitzender

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
20(26)18



**Klima
Allianz**
Deutschland

Energiewende & Klimaschutz

Stefanie Langkamp, Klima-Allianz Deutschland e.V.

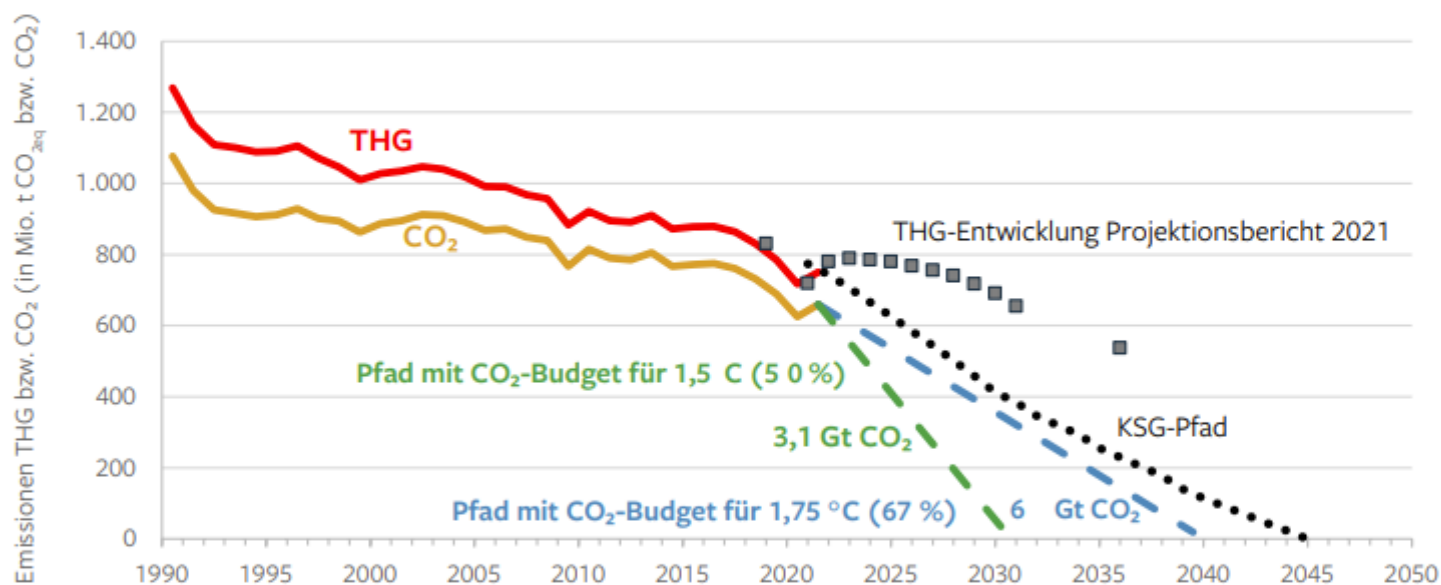
Wo stehen wir in der Klima- und Energiepolitik?



**Klima
Allianz**
Deutschland

o Abbildung 4

Vergleich bisheriger Treibhausgas- und CO₂-Emissionen, THG-Pfade gemäß KSG und Projektionsbericht sowie CO₂-Budget nach SRU-Berechnung

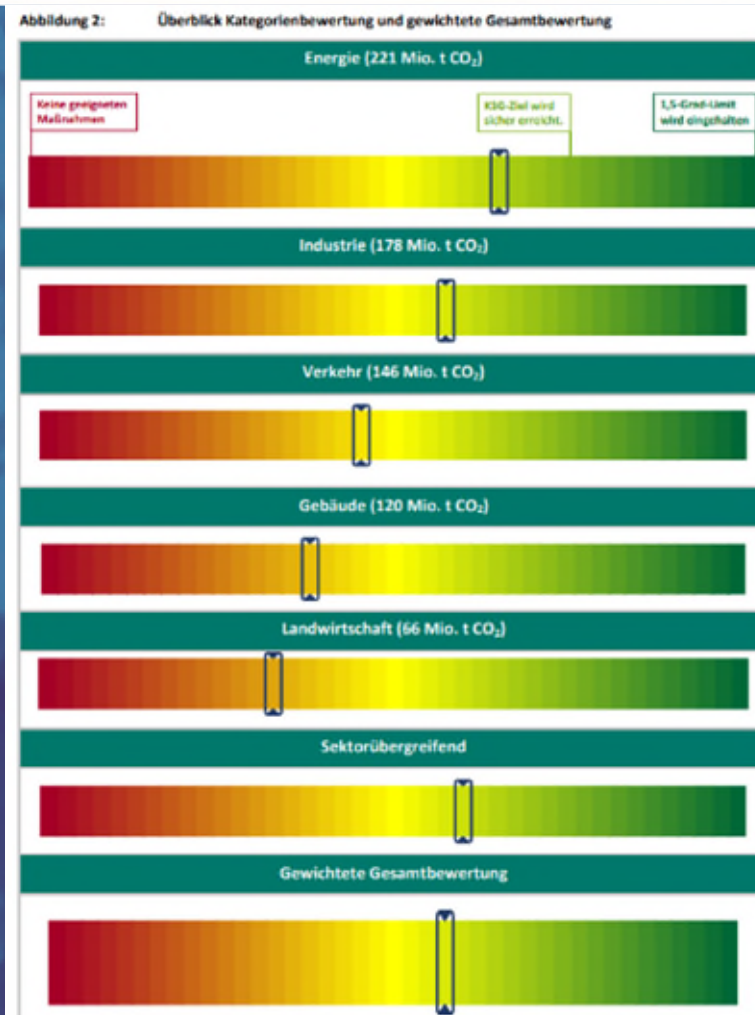


1.000 Mio. t CO₂ bzw. CO_{2eq} = 1 Gt CO₂ bzw. CO_{2eq}

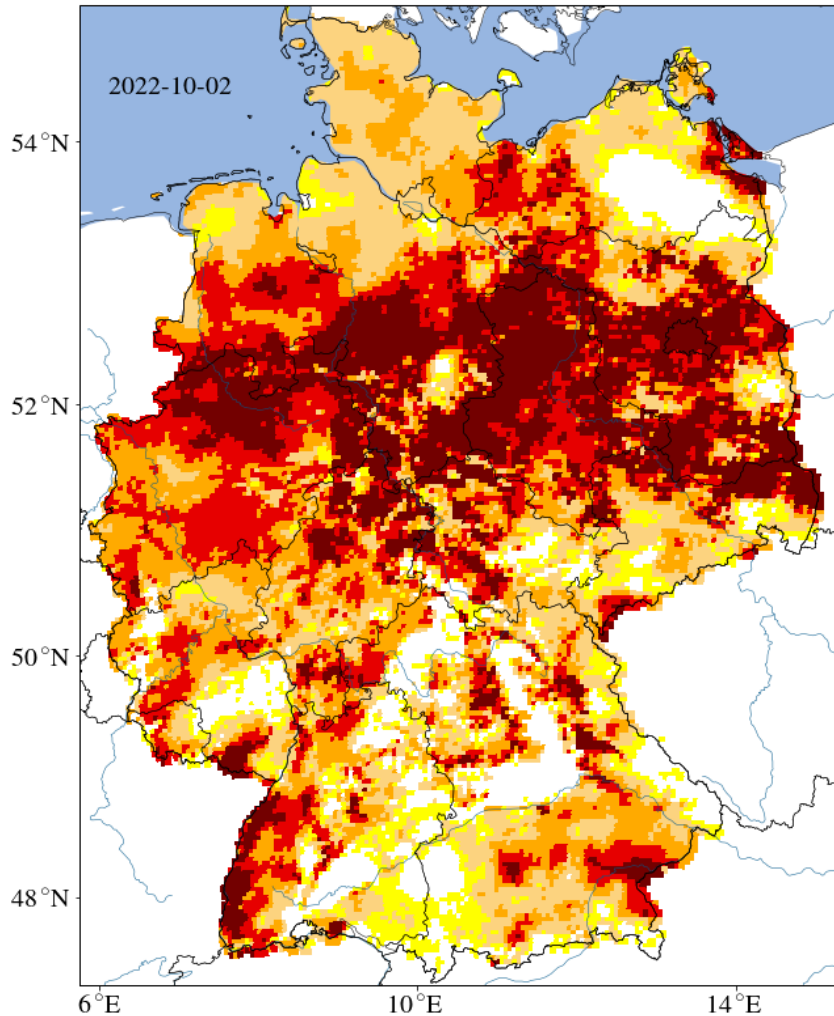
Wohin bringt uns der Koalitionsvertrag?



- Bisherige Klimaschutzbemühungen weit entfernt von KSG –Ziel - noch weiter von 1,5 °C
- Besonders problematisch: Bau, Verkehr, Landwirtschaft

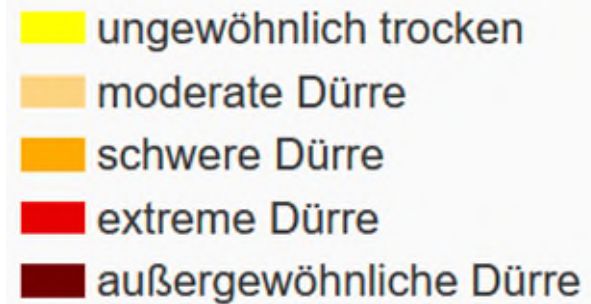


Dürremonitor Deutschland



Dürre Gesamtboden

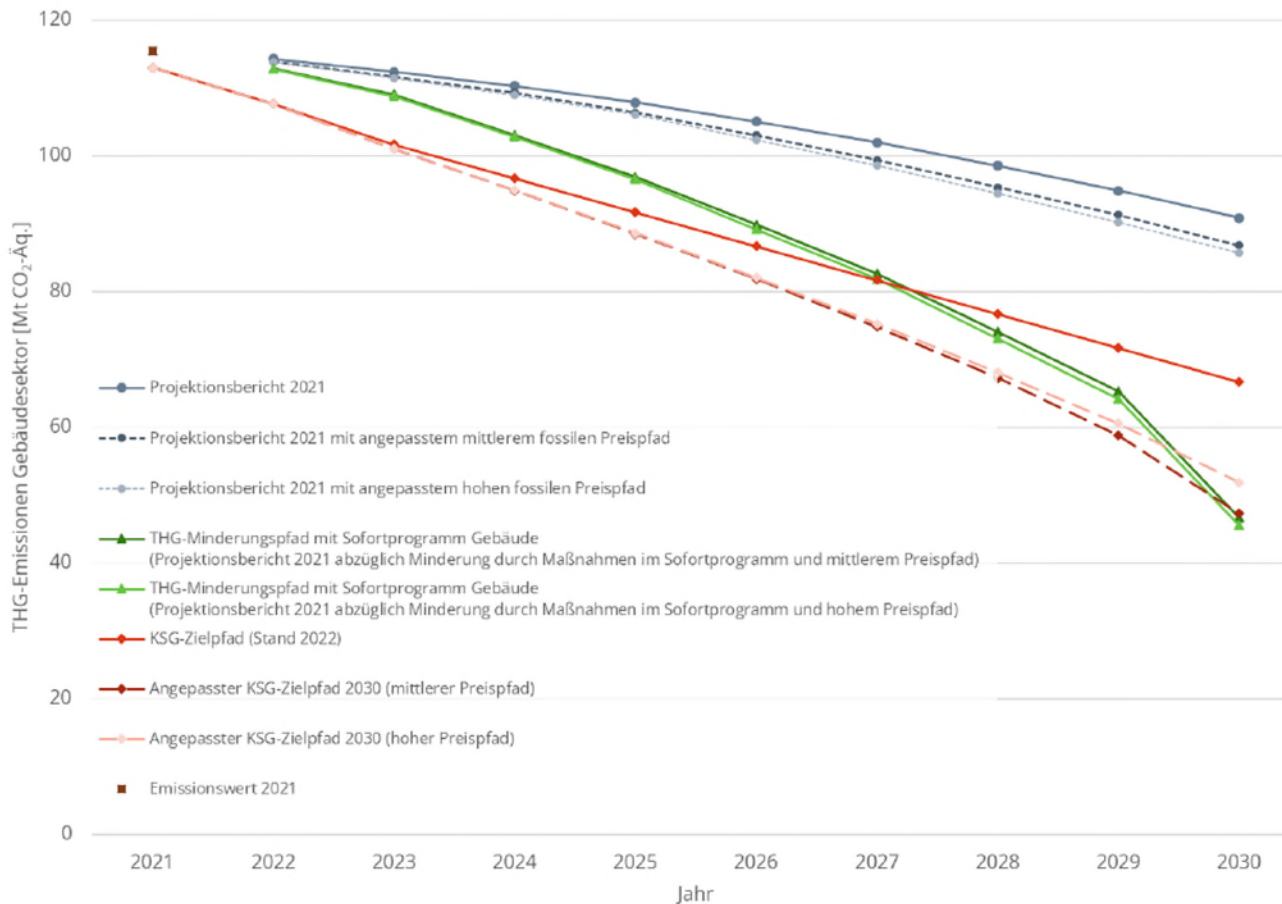
- Tiefe: 1,8 Meter
- 02.10.2022





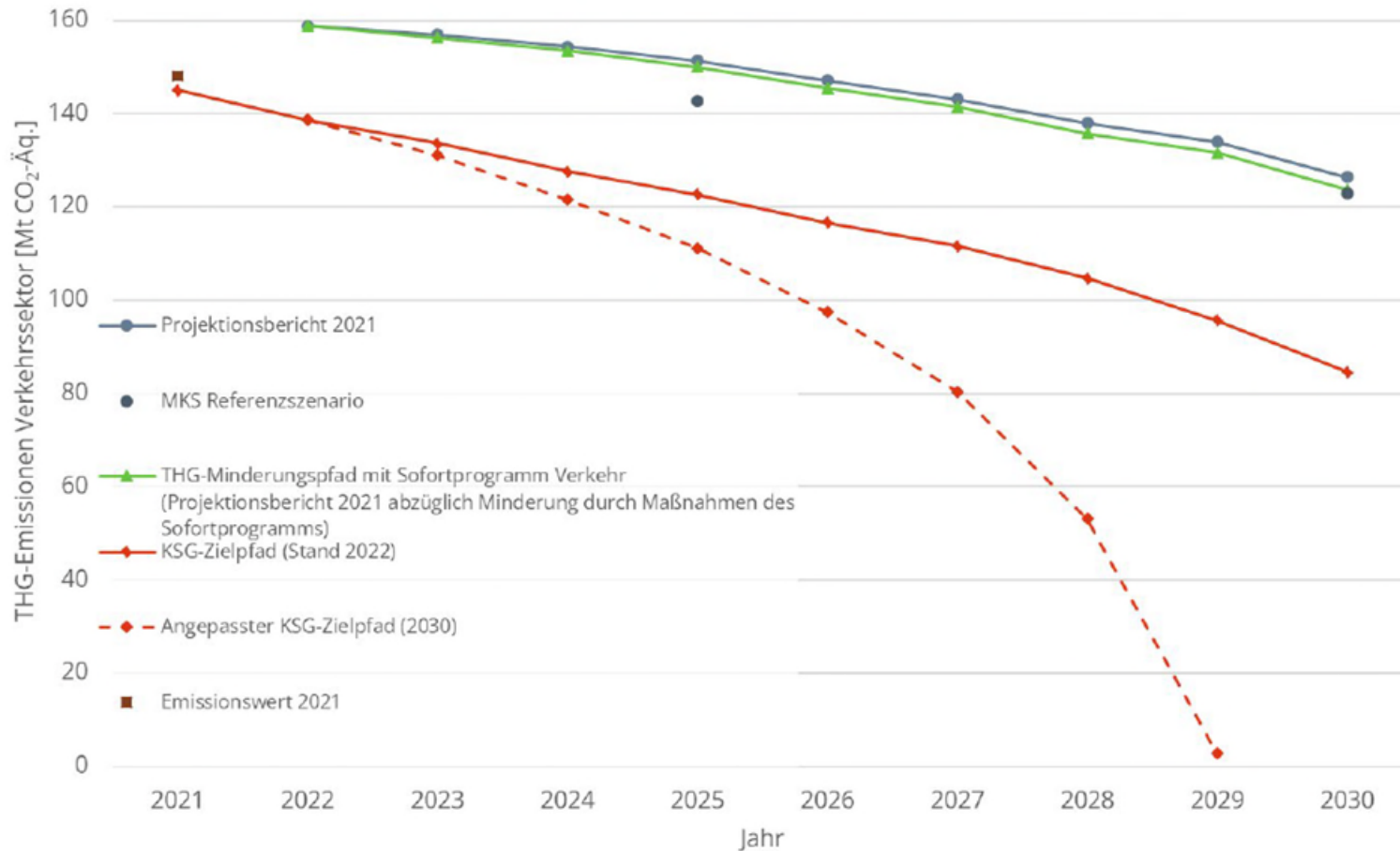


Sofortprogramm Gebäude



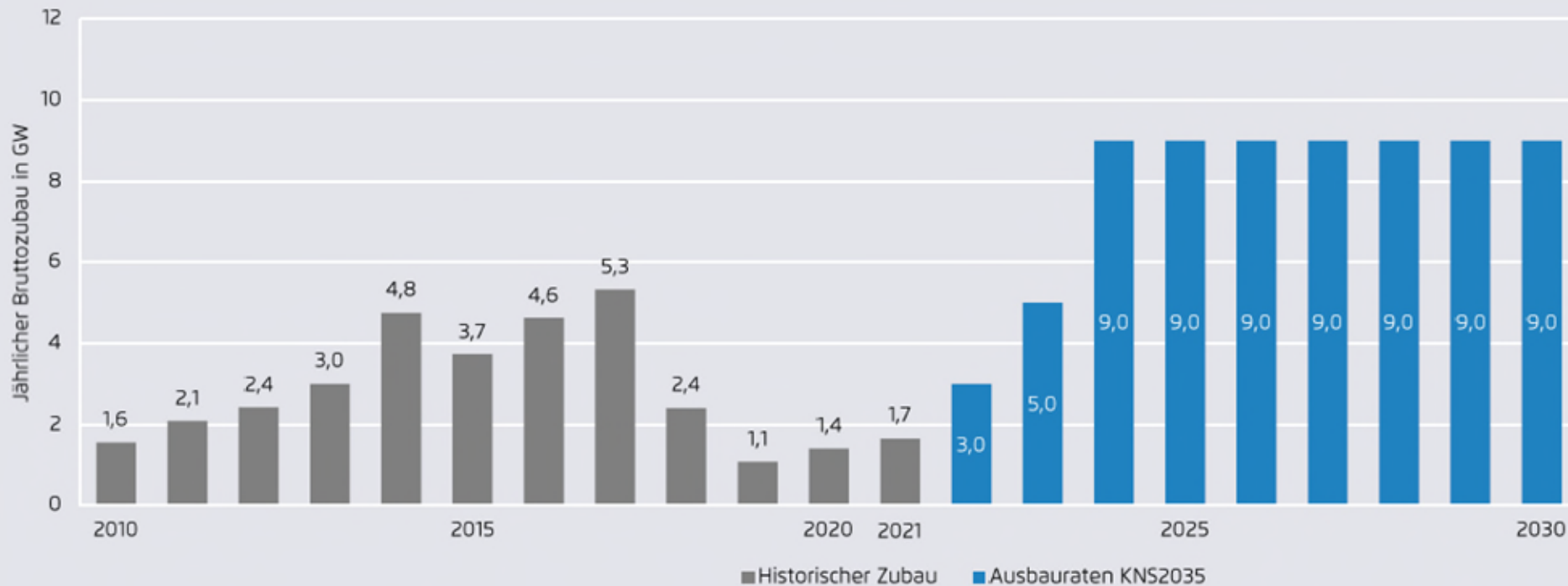
- Anpassung des Referenzpfads (Projektionsbericht 2021) aufgrund veränderter Brennstoffpreise
- Erfüllung in 2030 (mittlerer Energiepreispfad): knapp 1 Mt CO₂-Äq.
- Erfüllung in 2030 (hoher Energiepreispfad): 6 Mt CO₂-Äq.

Sofortprogramm Verkehr



Zubau Wind an Land

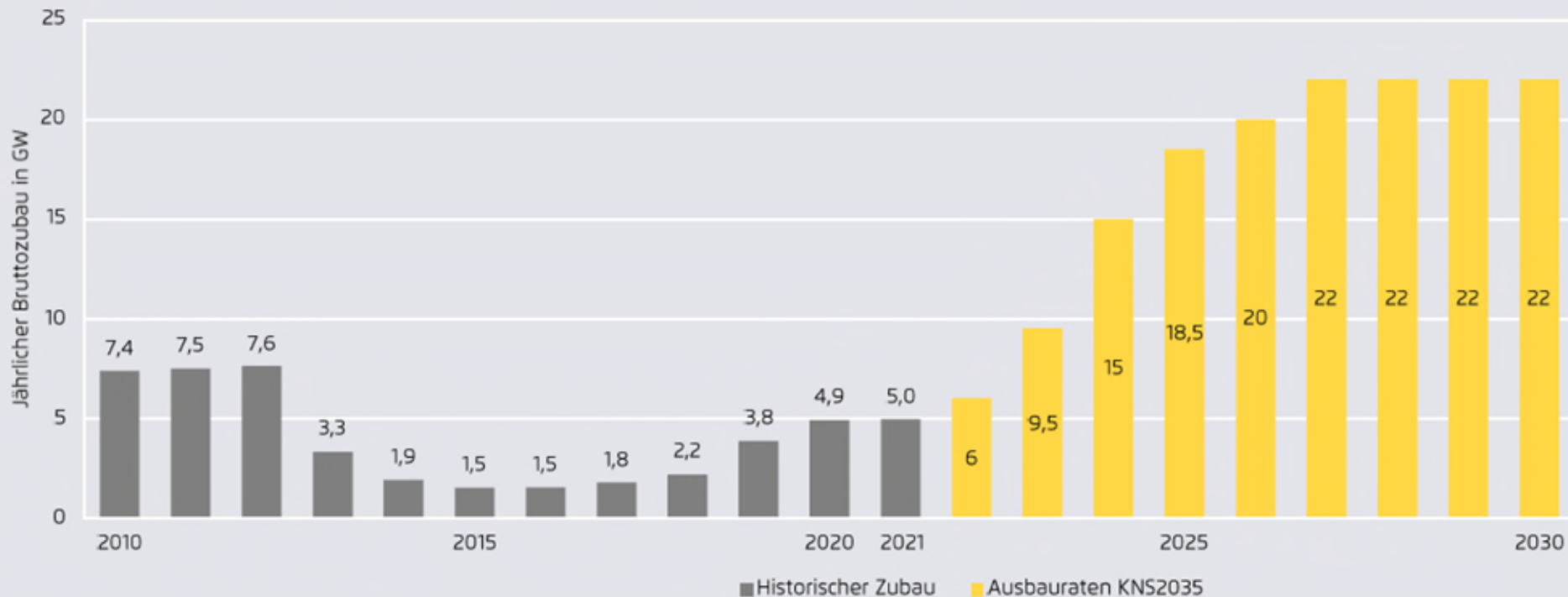
Jährlicher Bruttozubau Windenergie an Land historisch und im Szenario KNS 2035



AGEE Stat (2022); Prognos AG (2022)

Zubau Photovoltaik

Jährlicher Bruttozubau Photovoltaik historisch und im Szenario KNS2035



AGEE Stat (2022); Prognos AG (2022)

**Leerstelle: Strukturelle
Energieeinsparungen**



**Klima
Allianz**
Deutschland

Energieeffizienz



Energiekosten

Entlastungsmaßnahmen im Vergleich



Tabelle A

Zusammenfassender Überblick über die Bewertung potenzieller Entlastungsmaßnahmen

Maßnahme	Verteilungswirkung	Ökologische Anreizwirkung	Umsetzbarkeit
Gaspreisdeckel und Blocktarife	●	--	--
Erweiterter Heizkostenzuschuss	++	+	++
Erschwinglicher ÖPNV / 29 Euro-Ticket	++	+	+
Mobilitätsgeld – Reform der Pendlerpauschale	+	+	+
Mehrwertsteuerreform	+	+	●

Legende: ++ Positiv + Positive Tendenz ● Unklar/ Neutral - Negative Tendenz -- Negativ

Was aus unserer Sicht nun wichtig ist:



- Umfassendes Klimaschutzsofortprogramm für alle Sektoren
- EE-Zubau beschleunigen
 - Lieferengpässen und Inflation Rechnung zollen:
 - > z. B. Bürgschaft, höherer Zuschlagswert, Baukostenzuschuss, Abnahmegarantie für Anlagen zwecks Markthochlauf
 - > Strafzahlungen bei Lieferengpässen aussetzen
 - PV-Ziele anheben – auf Deckelung verzichten
 - Solardachpflicht bei Sanierungen und Neubau

Was aus unserer Sicht nun wichtig ist:



- Alle Krisenmaßnahmen an Klimaschutz koppeln
- Effizienz steigern - Gasverbrauch senken
 - Energieeffizienzgesetz mit verbindlichen Zielen
 - Mindestenergieeffizienzstandards für Gebäude / Anpassung Modernisierungsumlage
 - Kommunale Wärmeplanung
 - Hilfen für Unternehmen an Effizienzverbesserungen knüpfen
 - Gasausstieg terminieren – insbesondere bei neuer Infrastruktur

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

Tabelle Z-1

Zusammenfassung der Gesamteinschätzung der Prüfkriterien des Maßnahmenbündels der quantifizierten Maßnahmen

Einzelmaßnahme	Ausgestaltung	Vorgehen bei der Abschätzung	Realisierungswahrscheinlichkeit der abgeschätzten Maßnahmenwirkung
GEG: 65%, Neubaustandards	Teilweise konkretisiert	Mit Einschränkungen angemessen	Teilweise erwartbar
GEG: MEPS	Nicht konkretisiert	Mit Einschränkungen angemessen	Teilweise erwartbar
Weiterentwicklung BEG	Weitgehend konkretisiert	Angemessen	Teilweise erwartbar
Serielle Sanierung	Weitgehend konkretisiert	Mit Einschränkungen angemessen	Teilweise erwartbar
BEW	Weitgehend konkretisiert	Mit Einschränkungen angemessen	Teilweise erwartbar
Optimierung Heizsysteme	Nicht konkretisiert	Mit Einschränkungen angemessen	Kaum erwartbar
Eigenanteilsbefreiung für Kommunen	Weitgehend konkretisiert	Angemessen	Weitgehend erwartbar
EnEFG: Einsparverpflichtung öffentliche Auftraggeber	Nicht konkretisiert	Mit Einschränkungen angemessen	Teilweise erwartbar
EnEFG: Energiemanagementsysteme	Weitgehend konkretisiert	Angemessen	Weitgehend erwartbar

Eigene Darstellung

Anlage 2 (zu § 4)

Zulässige Jahresemissionsmengen für die Jahre 2020 bis 2030

(Fundstelle: BGBl. I 2021, 3907)

Jahresemissionsmenge in Millionen Tonnen CO ₂ -Äquivalent	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Energiewirtschaft	280		257								108
Industrie	186	182	177	172	165	157	149	140	132	125	118
Gebäude	118	113	108	102	97	92	87	82	77	72	67
Verkehr	150	145	139	134	128	123	117	112	105	96	85
Landwirtschaft	70	68	67	66	65	63	62	61	59	57	56
Abfallwirtschaft und Sonstiges	9	9	8	8	7	7	6	6	5	5	4

Anlage 3 (zu § 4)

Jährliche Minderungsziele für die Jahre 2031 bis 2040

(Fundstelle: BGBl. I 2021, 3907)

	2031	2032	2033	2034	2035	2036	2037	2038	2039	2040
Jährliche Minderungsziele gegenüber 1990	67 %	70 %	72 %	74 %	77 %	79 %	81 %	83 %	86 %	88 %

Hochwasser, Starkregen, Sturzfluten

Was jetzt zu tun ist: 7 Vorschläge der kommunalen Wasserwirtschaft

Vorsorge – Risikomanagement – Schadensminderung

Extremwetterereignisse wie Hochwasser, Starkregen und Sturzfluten, aber auch Hitzewellen und Dürren nehmen zu: Der Klimawandel beschleunigt diese Entwicklung. Dies unterstreicht der *Bericht des Weltklimarats (IPPC)* aus dem Jahr 2021. Extremniederschläge und dadurch verursachte Überschwemmungen werden nach den Projektionen in nahezu allen Regionen zunehmen, sollte die Erderwärmung über 1,5 Grad hinausgehen. Bereits heute hat sich die maximale Niederschlagsmenge durch den Klimawandel insgesamt erhöht. Sie ist zwischen drei und 19 Prozent angestiegen. Das haben *Untersuchungen von Wissenschaftlern der World Weather Attribution in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wetterdienst (DWD)* ergeben. Wir werden also weiterhin mit solchen Extremwetterereignissen rechnen müssen. Selbst dann, wenn es gelingen sollte, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Ziel muss deshalb neben der Reduktion von CO₂-Emissionen auch die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und Umsetzung *der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS)* sein. Dabei kommt es darauf an, die Auswirkungen so weit wie möglich abzumildern und so gering wie möglich zu halten.

Daher schlägt die kommunale Wasserwirtschaft eine Reihe von Maßnahmen vor. Diese zielen auf die Vorsorge vor Hochwasser, Starkregen und Sturzfluten, der Reduktion vor den damit zusammenhängenden Überschwemmungsrisiken und die Minderung von Schäden.

Unsere 7 Vorschläge

- › Mehr Raum für Wasser schaffen und Schwammstadt fördern
- › Vorhersagen und Warnungen verbessern
- › Planung und Bebauung auf Extremwetterereignisse ausrichten
- › Eigenvorsorge stärken und sensible Einrichtungen schützen
- › Infrastruktur und Systeme jetzt klimarobust machen
- › Planungs- und Genehmigungsverfahren straffen
- › Sonderprogramm Klimavorsorge zur Finanzierung schaffen

1. Mehr Raum für Wasser schaffen und Schwammstadt fördern

Wir müssen deutlich mehr Retentionsräume für den Rückhalt von Wasser – in der Landschaft, aber auch in unseren Städten – schaffen. **Flüssen und Bächen müssen wir wieder mehr Raum geben.** Die dafür erforderliche Gewässerunterhaltung und Renaturierung muss Priorität bekommen und integraler Bestandteil bei allen Entscheidungen, die sich auf die Gewässer auswirken, sein.

Die Folgen extremer Wetterereignisse zeigen sich besonders stark bei kleineren Gewässern. Kommunale Unternehmen, die für die Gewässerunterhaltung zuständig sind, müssen zunehmend mehr für die Pflege, Entwicklung und Erhaltung sowie einen ordnungsgemäßen Abfluss aufwenden. Für den erhöhten Aufwand ist eine angepasste Förderung für die Unterhaltung erforderlich. Gleichzeitig sind die zuständigen Aufsichtsbehörden gefordert, einen **Ausgleich zwischen Hochwasserrisikomanagement, der Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung auch in Dürrezeiten und den ökologischen Zielen der Gewässerunterhaltung zu finden.**

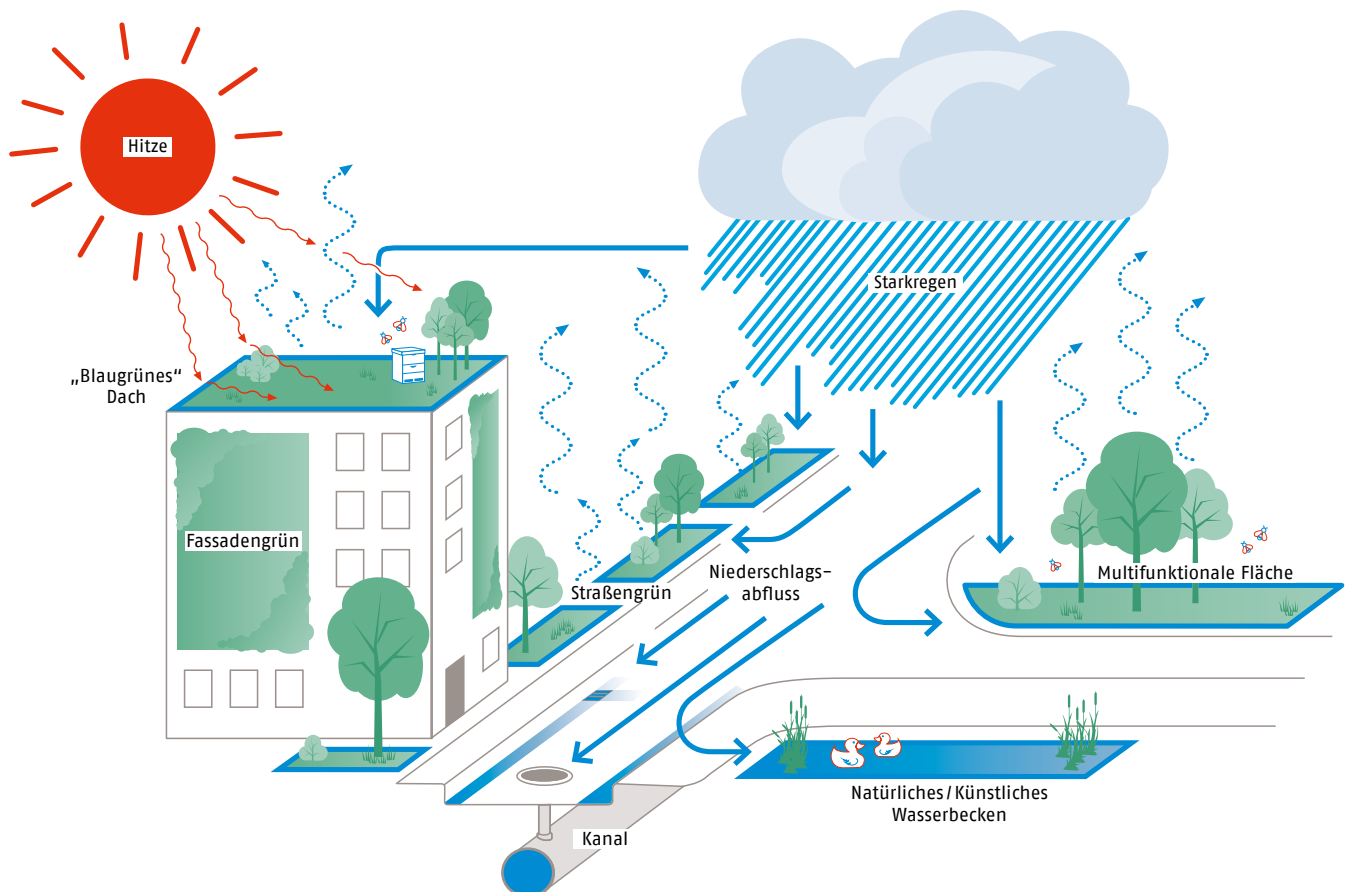
In unseren Städten ist auch die Umsetzung einer **wassersensiblen Stadtentwicklung** erforderlich. Dazu brauchen wir mehr innerstädtische Grün- und Wasserflächen, die Wetterextreme wie Starkregen und Hitze abmildern. Solche Flächen können Regenwasser gezielt aufnehmen und (zwischen-)speichern, was sowohl bei Starkregen und bei Trockenheit hilft. Diese wirken wie ein „Schwamm“ und dienen nicht nur dem städtischen Wasserhaushalt, sondern entlasten auch unsere Kanäle. Bei der Vorsorge vor Starkregen ist eine enge Verzahnung von solchen oberirdischen Maßnahmen mit solchen unter der Erde, beispielsweise speziellen Stauraumkanälen erforderlich. Denn beim Umgang mit Starkregenereignissen und Sturzfluten handelt es sich um eine **kommunale Gemeinschaftsaufgabe.**

2. Vorhersagen und Warnungen verbessern

Für das gesamte Flusseinzugsgebiet einschließlich kleinerer Flüsse müssen robuste Vorhersagesysteme und übergreifende Warnsysteme etabliert werden. Dazu zählt die **Schaffung eines neuen digitalen Prognosesystems für kleine Flüsse**, um die extrem kurze Vorwarnzeit, die derzeit in einigen Fällen nur bei wenigen Stunden liegt, zu verlängern. In Prognosemodellen

MEHR GRÜN UND BLAU INS GRAU

Die **wassersensible Stadtentwicklung** ist ein wesentlicher Baustein für die Klimaanpassung. Wasserflächen, Begrünung auf Dächern und Fassaden und eine multifunktionale Flächennutzung reduzieren die Gefahr von Überflutungen bei Starkregen, erhöhen die kühlende Verdunstung in Hitzemonaten und tragen zu einem attraktiveren Stadtbild bei.





müssen die vom DWD vorhergesagten Regenmengen in zu erwartende Pegelstände umgerechnet werden. Dafür ist auch zu berücksichtigen, über welche Feuchtigkeit und Wasserspeicher Böden bereits verfügen. Robuste Vorhersagesysteme umfassen daneben auch Oberflächenabflussmodelle.

Für eine wirksame Warnung aller Betroffenen ist es erforderlich, auch bei einem Ausfall der Festnetztelefonie, der etablierten E-Mail-Server und einem nur eingeschränkt funktionierenden Mobilfunknetz eine **Ausstattung mit alternativen Kommunikationsmöglichkeiten zu gewährleisten**. Insgesamt bedarf es einer übergreifenden Koordination bei Großstörungen und Katastrophen, um die Maßnahmen aller Akteure einschließlich lokaler Organisationen und privater Hilfe abzustimmen.

Hierfür sollten kooperative Strukturen unter Beteiligung von Bund, Ländern, Kommunen und Trägern der Daseinsvorsorge ausgebaut und gestärkt werden. Der VKU wirbt deshalb für eine Weiterentwicklung der Koordination zum Schutz Kritischer Infrastrukturen und unterstützt den **Aufbau eines Kompetenzzentrums für Bevölkerungsschutz beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe** mit dem Ziel, die Fähigkeiten und Abläufe eines fach- und ebenenübergreifenden Krisenmanagements weiter zu verbessern. Es ist erforderlich, dass insbesondere Unternehmen der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft frühzeitig an diesen Strukturen und Verfahren beteiligt werden. Der VKU steht hierfür bereit.

3. Planung und Bebauung auf Extremwetterereignisse ausrichten

Sowohl die **Stadtplanung als auch Bebauungspläne** müssen sich wieder stärker an den natürlichen Gegebenheiten ausrichten und von Anfang an mögliche Extremwetterereignisse berücksichtigen.

Bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen sind alle in der Kommune und somit auch Wirtschaft und Grundstückseigentümer gefordert. Um die verschiedenen Adressaten, wie zum Beispiel Stadt- und Landschaftsplanung, Wasserwirtschaft, Verkehrs- und Straßenplanung, Feuerwehr und Gewerbetreibende und Eigenheimbesitzer integrativ und effektiv zusammenzubinden, ist es notwendig, dass **Starkregen und Sturzfluten von der kommunalpolitischen Entscheidungsebene als Risiko erkannt und progressiv angegangen wird**. Maßnahmen und Gestaltungskonzepte hängen am Ende nämlich entscheidend von den lokalen Bedingungen ab.

4. Eigenvorsorge stärken und sensible Einrichtungen schützen

Jeder Einzelne kann etwas tun, um sich besser auf Extremwetterereignisse vorzubereiten und die gemeinsame Umsetzung der Anpassungsstrategie zu unterstützen. So sollte die Eigenvorsorge, zum Beispiel durch Verpflichtung von Grund-

3 – 19 % ↑

Anstieg der maximalen Niederschlagsmenge durch den Klimawandel in D, BE, NL und LUX

** Quelle: World Weather Attribution gemeinsam mit Deutschem Wetterdienst (DWD)*



stücksbesitzern und Hauseigentümern, ihre **Gebäude und Anlagen auf deren Klimaresilienz und Schutzvorrichtungen vor Starkregen und Hochwasser zu überprüfen**, gestärkt werden. Dafür sollten über Förderprogramme von Bund (KfW o.ä.) und Ländern finanzielle Unterstützungen gewährt werden.

Gefährliche und wassergefährdende Stoffe, die industrielle und gewerbliche Betriebe in potenziellen Überschwemmungsgebiete lagern und verarbeiten, müssen entsprechend gesichert und gegebenenfalls eine Auffangvorrichtung für den Fall einer Überschwemmung vorgesehen werden.

Hochwasserrisikokarten und Starkregengefahrenkarten können dabei helfen, mögliche Folgen von Extremwetterereignissen besser abzuschätzen und Gebiete mit sensiblen Einrichtungen (Krankenhäuser, Altenheime, Ver- und Entsorgungseinrichtungen etc.) zu identifizieren und besser zu schützen. Sie sollten **verpflichtend in den Planungs- und Bemessungsregeln integriert werden, inklusive der Aufforderung zur Veröffentlichung**. Wie bei den Hochwasserrisikokarten sollte auch bei den Starkregengefahrenkarten der erforderliche Rechtsrahmen geschaffen werden.

5. Infrastruktur und Systeme jetzt klimarobust machen

Die letzten Jahre haben uns vor Augen geführt, dass wir mit einer Zunahme von Extremwetterereignissen rechnen müssen. Es geht also darum, möglichst rasch zu handeln. Das Wissen um diese Entwicklungen und die Eindrücke der aktuellen Ereignisse müssen wir nutzen, um erforderliche **Anpassungen von Infrastruktur und Systemen an den Klimawandel** jetzt umzusetzen und uns für zukünftige Herausforderungen bestmöglich aufzustellen. Wichtig ist dabei insbesondere auch die **Schaffung von Notwasserwegen**, also die Ableitung von Starkregenwasser über Straßenflächen. Außerdem gilt es jetzt auch größere Lösungen zu denken, die bisher gescheitert sind. Kann man heute noch eine notwendige Talsperre planen und in überschaubarer Zeit realisieren?

Kommunale Unternehmen berücksichtigen bereits heute bei ihren Planungen den Klimawandel. Die Anpassung der Ver- und Entsorgungssysteme muss allerdings auf **statistisch belastbaren Grundlagen** beruhen, da die wasserwirtschaftliche Infrastruktur langfristig geplant und zugleich eines der größten kommunalen Anlagevermögen ist. Die dafür erforderlichen **Datengrundlagen, insbesondere im kleinräumigen Maßstab**, müssen daher weiter verbessert werden.

ca.
**7 Mrd.
Euro**

**Versicherungsschäden
aufgrund Unwetter „Bernd“
im Juli 2021**

** Quelle: Gesamtverband der
Versicherungswirtschaft (GDV)*

6. Planungs- und Genehmigungsverfahren straffen

Notwendige Maßnahmen der Risikominimierung vor Hochwasser, Starkregen und Sturzfluten und der Schadensminderung wie der verbesserte Wasserrückhalt, das Entfernen oder Verlegen von Infrastruktur und Bebauung sowie weitere technische Maßnahmen bedürfen nicht nur einer sicheren Finanzierung, sondern auch eines verlässlichen Rechtsrahmens. Dafür müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren gestrafft und auf das unbedingt Notwendige reduziert werden. Spielräume im Vergaberecht müssen zur Beschleunigung der Umsetzung dringender Maßnahmen ausgeweitet werden.

7. Sonderprogramm Klimavorsorge zur Finanzierung schaffen

Die aktuellen Klimaanpassungsprogramme sind ein richtiger Schritt, reichen aber langfristig für die anstehenden Herausforderungen nicht aus. Bund und Länder sollten deshalb umgehend ein **Sonderprogramm Klimavorsorge** aufbauen, um Kommunen und kommunale Unternehmen bei der Umsetzung der Vorsorgemaßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Ausgestaltung des Programms sollte am besten über die Schaffung einer **Gemeinschaftsaufgabe Klimavorsorge** mit einem eigenen Haushaltstitel erfolgen.

Weitere Informationen: www.vku.de/klimaanpassung

Verband kommunaler Unternehmen (VKU)
Nadine Steinbach | Bereichsleiterin Umweltpolitik Wasser/Abwasser
Fon: +49 30 58580-153 | steinbach@vku.de

Gestaltung und Realisation: VKU Verlag GmbH | Corporate Media, September 2021
Bildnachweis: stock.adobe.com/creativenature.nl (S. 3)

Deutscher Bundestag
 Parlamentarischer Beirat
 f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
 20(26)16-2



Unser Ziel:

Klimaneutrale Kommunen

So kann es gelingen – der Weg bis 2030 und darüber hinaus

Aus jeder Steckdose und Heizung kommen Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Geothermie- und Mieterstromprojekte haben Hochkonjunktur. Für die klimafreundliche Energieversorgung wird klimaneutrales Gas aus großen Klärwerken genutzt. Ebenso wie Klärschlamm aus der Abwasserbehandlung und nicht-recyclebarer Restmüll, der zu Strom, Wärme und Wasserstoff verwertet wird.

Die Stromversorgung ist sicher und alle E-Autos können laden – künftig auch ohne Kohle, bei Windflaute oder wenn die Sonne nicht scheint. Wie das geht? Mit Kraft-Wärme-Systeme (KWK) und Wasserstoffspeicher auf lokaler Ebene. Und mit Intelligenz in den kommunalen Verteilnetzen: und in Haushalten. Energie wird flexibler und effizienter verteilt und genutzt. Unsere Mobilität planen wir intelligent und vernetzt: von Ruf-Bussen über Car-Sharing bis zu Mobilitätshubs mit Ladeplätzen für E-Autos und Anbindung an den ÖPNV. Staus sind wegen intelligenter Verkehrssteuerung selten. Beim schnellen Internet setzen wir auf moderne Glasfasernetze, deren CO₂-Bilanz deutlich besser als die von Kupfer- oder Kabelnetzen ist.



95%

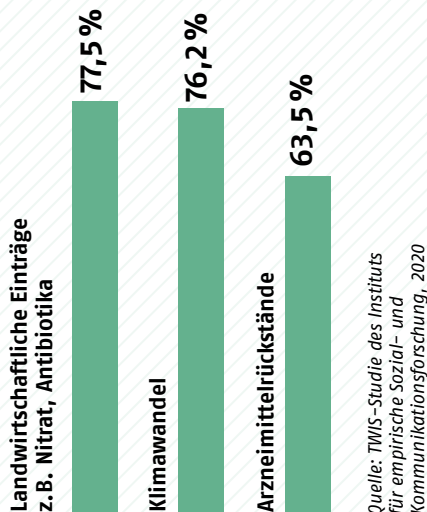
des Stroms aus erneuerbaren Energien werden in unsere lokalen Stromverteilnetze vor Ort eingespeist.

Kommunale Unternehmen treiben die Mobilitätswende voran. Mehr als die Hälfte der öffentlichen Ladepunkte sind in kommunaler Hand: absolute Anzahl der Lademöglichkeiten über

18.500

Quelle: Bundesnetzagentur: Ladesäulenkarte (Q1/2021)

Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher könnten sich diese Themen negativ auf die Trinkwasserressourcen und -versorgung auswirken:



Stadtbild und Architektur haben sich sichtbar verändert: Begrünte Fassaden und Dächer sowie Regenauffangbecken binden klimaschädliches CO₂, kühlen unsere Städte in der Hochsommerglut und saugen Starkregen auf wie ein Schwamm. Auf dem Land speichern sie das Wasser. Der Klima-Anpassungsmanager koordiniert das kommunale Klima-Anpassungsprogramm. Aus jedem Hahn fließt Trinkwasser bester Qualität – immer und überall. Auch in Regionen, die in den letzten Jahren bei Dürren unter Engpässen litten.

Abwasser bereiten wir gewohnt sorgfältig auf – nur klimafreundlicher mit Ozon, das aus dem Nebenprodukt Sauerstoff der nahen Elektrolyse-Anlage für Wasserstoff entsteht. Die Straßen sind sauberer, wir wirtschaften nachhaltiger: Abfallvermeidung ist alltäglich. Statt fossiler Rohstoffe nutzen wir recyceltes Material für neue Produkte und Verpackungen. Herstellerverantwortung wird gelebt: Spurenstoffeinträge in Gewässer werden frühzeitig verhindert, Produkte werden recycelbar und langlebig gestaltet und bestehen aus recycelten Stoffen.

Sektorenübergreifende Strategien im kommunalen

Betriebssystem: Wie klimaneutrale Kommunen gelingen.

Ob und wie Brüssels Ziele und Berlins Ambitionen spürbare Wirkung entfalten, entscheidet sich immer in der Umsetzung vor Ort. Städte und Gemeinden werden klimaneutral, wenn wir mit sektorenübergreifenden Strategien alle Bereiche des kommunalen Betriebssystems auf Klimaschutz ausrichten. Dafür müssen wir die örtlichen Potenziale in den Kommunen optimal nutzen. Denn das Ressourcen-Angebot ist von Ort zu Ort unterschiedlich verteilt. Ebenso vielfältig ist die Struktur der Nachfrage: Es macht einen Unterschied, ob dünn besiedelte ländliche Räume, Industrie- und Gewerbegebiete oder eine Großstadt zu versorgen sind. Klima- und Nachhaltigkeitsziele erreichen wir daher nur, wenn wir Ressourcen und Nachfrage vor Ort in den Kommunen optimal aufeinander abstimmen und an Quartieren ansetzen.



Unsere 10 Hebel – Was wir für klimaneutrale Kommunen brauchen:



1. EU-Klimaziele brauchen Praxisbezug: Klimaschutz findet vor Ort statt.

2. Günstigeren und wettbewerbsfähigeren Strom aus erneuerbaren Energien.

Politik sollte alle Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiesektor prüfen und zielführend reformieren: fossile Energie belasten, erneuerbare Energie entlasten.

3. Verlässlichen und tragfähigen Investitionsrahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Dafür müssen wir Investitionsbremsen mit Augenmaß lockern, z. B. im Plan- und Genehmigungsverfahren und beim Natur- und Artenschutz. Der Ausbau der Photovoltaik in den Städten braucht einen Quartiersansatz, um alle Dächer für die Versorgung nutzen

zu können. Wir müssen die Windwende auf dem Land forcieren. Hier gilt: Nutzen schafft Akzeptanz. Deshalb brauchen wir, u. a. Beteiligung von Bürgern & Kommunen sowie einfacheres Planungsrecht für Re-Powering.

4. Kluge Wärmewende:

Sie gelingt, wenn wir die kommunale Wärmeplanung flächendeckend ausrollen und stärken, angemessen fördern und langfristige Planungs- und Investitionssicherheit für den Aus- und Umbau der Wärmenetze sicherstellen.

5. Lokaler Wasserstoff:

Kommunale Unternehmen, die wegen/mit ihren Infrastrukturen und für Synergieeffekte bereits lokalen Wasserstoff in der Praxis einsetzen, müssen stärker bei der Nationalen Wasserstoffstrategie berücksichtigt werden.

6. Mehr Energieeffizienz.

Die richtige Rechtskulisse ist gefragt: Statt Einsparverpflichtungen lieber ausgewogene Wettbewerbsbedingungen und Anreize, um Energieeffizienznetzwerke zu stärken. Die Anforderungen des Energie- und Steuerrechts sollten so gestaltet werden, dass sie Investitionen der Wasserver- und Abwasserentsorger in Energieeffizienz anreizen statt verhindern.

7. Verkehrswende in allen Mobilitätssektoren.

Jede Kommune braucht eine passgenaue Ladeinfrastruktur-Strategie – entwickelt mit allen Akteuren im Quartier, umgesetzt vom (Elektro-)Mobilitätsmanager vor Ort. Für uns gilt: Kein Rosinenpicken für die Errichtung von Ladepunkten, z.B. ausschließlich an attraktive Standorten oder nur in Ballungsräumen. Ziel muss ein engmaschiges Lade-Netz für flächendeckende Grundversorgung in Stadt und Land – mit Ladepunkten an Orten, wo Menschen sich aufhalten. Auch insgesamt müssen Mobilitätsangebote auf dem Land attraktiver werden. Gleiches gilt für die Förderung zur Umrüstung sauberer kommunaler Fuhrparks.

8. Klimaschutz-Vorreiter wie die Abfallwirtschaft in Fördermittelkulissen integrieren.

9. Mindestanteil an recyceltem Material bei neuen Produkten (insb. Verpackungen), um Kreisläufe zu schließen.

10. Bürokratieabbau.

Die Energiewende wird durch zahlreiche Regeln und langwierige und komplizierte Genehmigungsverfahren erschwert. Hier bedarf es stärkerer Präklusions- und sinnvoller Stichtagsregelungen.



580*



**Mal kleiner ist der
CO₂-Fußabdruck**
von Leitungswasser
im Vergleich zu
Flaschenwasser.**

* gerundet

** CO₂-Äquivalente pro Liter: Leitungswasser
0,35 Gramm, Flaschenwasser 202,74 Gramm.
Quelle: GutCert: Vergleich des CO₂-Fußabdrucks
von Mineral- und Trinkwasser, 2020

76%

**ihrer CO₂-Emissionen hat die
kommunale Abfallwirtschaft
seit 1990 eingespart. Damit ist
sie der Hidden Champion des
Klimaschutzes.**

Quelle: eigene Berechnung aus UBA:
Treibhausgas-Bilanz (2020) und Prognos/Infra:
Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft
(2020)

Team #daseinsvorsorge
Unsere Positionen zur Bundestagswahl:
btw2021.vku.de
Dort auch: *leistungsstarke Kommune
und lebenswerte Kommune*

Verband kommunaler Unternehmen (VKU)
Invalidenstraße 91 | 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-0 | Fax +49 30 58580-100
info@vku.de | www.vku.de

Gestaltung und Produktion: VKU Verlag GmbH
Bildnachweis: plainpicture/Ulrich Mertens (S. 1), stock.adobe.com/Werner Dieterich/
Westend61 (S. 2), DEEPOL by plainpicture/Martin Siepmann (S. 3), Stadtwerke Osnabrück (S. 4)